

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 197.

Sonnabend, den 23. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Jahr englischer Arbeitslosenversicherung.

Der „Chemnitzer Volksstimme“ entnehmen wir den folgenden Artikel des Genossen M. Beer:

Am 8. August erschien der erste amtliche Jahresbericht über die im Juli 1912 in Kraft getretene Arbeitslosenversicherung. Das ganze Versicherungsgesetz wurde bekanntlich zu Ende des Jahres 1911 angenommen und es besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil betrifft Kranken- und Invalidenversicherung und umfaßt sämtliche arbeitenden Personen, deren Jahreseinkommen weniger als 3200 Mark beträgt — etwa 13 Millionen Personen. Der zweite Teil betrifft Arbeitslosenversicherung und umfaßt nur 2,4 Millionen Personen, hauptsächlich Bau- und Maschinenarbeiter.

Für die Ausarbeitung des ersten Teils des Versicherungsgesetzes lagen Erfahrungen vor, besonders aus Deutschland. Sinegen war der Gegenstand des andern Teils dieser Gesetzgebung noch unbekannt, wenigstens soweit der Staat in Betracht kommt. Der englische Versuch war also ein Experiment, deshalb war er auf eine geringe Zahl von Personen beschränkt.

Das Gesetz trat im Juli 1912 in Kraft, aber die Unterstühtungen begannen erst sechs Monate später, also im Januar 1913. Der gegen Arbeitslosigkeit versicherte Arbeiter zahlt 20 Pfg. die Woche, der Unternehmer zahlt einen gleichen Beitrag für jeden Versicherten, der Staat 15 Pfg. oder auch mehr, wenn die Ausgaben hoch sind. Die Unterstühtung beläuft sich auf 6 bis 7 Mk. die Woche. Die Unterstühtungsdauer beträgt 15 Wochen im Jahre.

Dieses sozialpolitische Experiment hatte das Glück, in einer sehr günstigen Zeit gemacht worden zu sein. Das englische Geschäftsleben befindet sich seit drei Jahren in einem blühenden Zustande. Die Arbeitslosigkeit war und ist deshalb gut, der Prozentfuß der Arbeitslosen gering. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in den letzten 10 Jahren war 4,9 Proz.; hingegen in den letzten zwölf Monaten nur 2,1 Proz.

Während der sechs Monate Januar—Juni wurden rund 559 000 Arbeitslosen-Ansprüche erhoben, hiervon 143 000 an die Gewerkschaften, die das Versicherungs-gesetz für ihre Mitglieder verwalten. Diese Ansprüche kamen von etwa 400 000 Personen; es gab also Arbeiter, die mehr als einmal während dieser Zeit beschäftigungslos waren. An Unterstühtungen wurden 236 458 Pfund Sterling oder 4,7 Mill. Mark ausgezahlt. Die höchste Zahl der Arbeitslosen-Ansprüche kam im Januar vor, wo also das Baugewerbe durch die Witterung gestört wird. Die Einnahme aus den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer belief sich auf 900 000 Pfund Sterling oder 18 Millionen Mark, der Beitrag des Staates auf 6 Millionen Mark. Das erste Jahr der Arbeitslosenversicherung schließt also mit einem Uberschuß von rund 19 Millionen Mark ab.

Die versicherten Arbeiter haben das Recht, auch fernhin in den freiwilligen Unterstühtungskassen anzugehen. Von den 2,4 Millionen Arbeitern, die in das Gesetz eingeschlossen sind, waren früher nur 400 000 gegen Arbeitslosigkeit versichert.

Die oberste Behörde für Arbeitslosenversicherung ist das Handelsministerium, das eine besondere Abteilung zu diesem Zwecke geschaffen hat. Zu dieser Abteilung gehören auch die staatlichen Arbeitsnachweise. Ein inniges Zusammenwirken der Arbeitslosenversicherung mit den Arbeitsnachweisen ergibt sich von selbst, da es den Verwaltern die Möglichkeit gibt, den Beschäftigungslosen eine Stelle nachzuweisen und die Unterstühtungszeit abzukürzen.

Die Schwierigkeiten, die sich zwischen Arbeitslosen und Versicherungsbeamten ergeben, werden von Schiedsrichtern, die von der Regierung ernannt werden, entschieden. Die versicherten Arbeiter haben in den letzten sechs Monaten 2907 Fälle vor die Schiedsrichter gebracht und in 1322 Fällen behielten die Arbeiter recht.

Zu gerichtlichen Prozessen kam es in 24 Fällen gegen Unternehmer, die die Zahlung der Beiträge verweigert hatten, und in 47 Fällen gegen Arbeiter wegen falscher Angaben.

Im großen ganzen haben die Erfahrungen der letzten sechs Monate gezeigt, daß staatliche Arbeitslosenversicherung möglich ist. Allerdings ist zu bedenken, daß, wie schon früher bemerkt wurde, die Zeit sehr günstig war. Bei einer Versicherung von 10 Millionen Personen würden die Ergebnisse wie folgt sein:

Arbeitslosen-Unterstühtungen während sechs Monate rund 20 Millionen Mark — oder auf 12 Monate gerechnet: 40 Millionen Mark, was den Kosten eines einzigen Dreadnought gleichkommt —; Einnahmen aus Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer 72 Millionen

Mark, aus Staatszuschüssen 24 Millionen Mark. Hält die Geschäftsblüte noch einige Jahre an, ehe ein schwere Krise kommt, so können so bedeutende Reserwefonds angesammelt werden, daß sie die Verwaltung befähigen, den Notstand erheblich zu lindern.

Die Berichterstatter des Handelsministeriums sind selbstredend mit den Ergebnissen der ersten sechs Monate zufrieden, jedoch sind sie vorsichtig genug, das Eingeständnis zu machen, daß diese ganze Einrichtung erst ihre Probe zu bestehen haben werde. Sie schreiben: „Es ist noch verfrüht, ein endgültiges Urteil über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Arbeitslosenversicherung abzugeben. Wir haben ihr Funktionieren vorerst nur in Zeiten außerordentlich guten Geschäftsganges kennen gelernt. Wir müssen abwarten und sehen, wie sie zu Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit funktionieren wird. Vorläufig kann nur soviel gesagt werden, daß die Anfangsschwierigkeiten überwunden sind. Der Plan erwies sich als praktisch und vom Standpunkte der Verwaltung als erfolgreich. Er hat die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Arbeiter vervielfacht und zu gleicher Zeit die freiwillige Arbeitslosenversicherung ermutigt. Schließlich ist zu hoffen, daß, wenn die nächste Geschäftsstrife kommt, die versicherten Arbeiter einen Reserwefonds von mehreren Millionen Pfund Sterling besitzen werden, ebenso eine Organisation, die zusammen daran arbeiten werden, die Not nicht gar so schlimm werden zu lassen.“

Der Bericht fügt noch hinzu, daß Gewerkschaften, die bisher noch keine Arbeitslosen-Unterstühtung kannten, jetzt — durch das Beispiel der staatlichen Versicherung ermutigt — für ihre Arbeitslosen die nötigen Einrichtungen schaffen, um sie unterstützen zu können.

Die „Times“, die nicht genug scharfe Worte besitzt, um Lloyd George zu bekämpfen, gibt jetzt in einem Leitartikel zu, daß die Arbeitslosenversicherung sich bewährt. Sie erklärt:

„Der Bericht wird überall die Aufmerksamkeit auf sich lenken und, wie wir glauben, unserem Lande zur Ehre gereichen. In dieser Angelegenheit sind wir Pioniere. Andere Länder, besonders Deutschland, schweben seit Jahren am Rande dieses Planes, wagten aber nicht, sich in den Strudel zu stürzen; und im allgemeinen war die öffentliche Meinung dem Plane einer Arbeitslosenversicherung nicht günstig. Das Ergebnis unseres Experiments wird deshalb überall mit Interesse betrachtet werden.“

Soweit der Artikel des Genossen Beer. Der Bericht über die englische Arbeitslosenversicherung ist gerade gegenwärtig von großer Bedeutung. Wir gehen einer Wirtschaftskrise erst entgegen, die Arbeitslosenziffern haben aber schon jetzt eine erschreckliche Höhe erlangt. Auch das Reichs-Arbeitsblatt konstatiert für den Juni bereits eine gewisse Verschlechterung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Was ist aber in Deutschland in Reich, Staat und Gemeinde zur Linderung des Elends der Arbeitslosen unternommen? Empörend wenig oder nichts. Das Reich hat bis jetzt nichts weiter als eine Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung herausgebracht, in der noch einmal mit dürren Worten gesagt wird, was schon an anderer Stelle gesagt worden war: daß fast sämtliche Versuche und Vorschläge wegen einer Arbeitslosenversicherung für Deutschland als untauglich bezeichnet werden müßten. In Staat und Gemeinde drängten die vielen Tausenden von sozialdemokratischen Arbeitervertretern natürlich in gleicher Richtung wie ihre Kollegen im Reichstage. Der Erfolg aber war spärlich. In Lübeck geschah es erfolglos; der hanseatische Liberalismus ist mit dem englischen nicht vergleichbar. Im Jahre 1902 trat statt einer Reichs-Arbeitslosenversicherung der Wuchertarif ins Dasein; im Jahre 1913 bewilligte man ungeheure Summen für den Militarismus, für den Arbeitslosen aber — über deren jetzt schon gewaltige Ziffern die bürgerliche Presse entsetzt berichtet — geschieht nichts. Geschieht nichts? Nur gemacht! Partei und Gewerkschaften; die Massen selbst, die am eigenen Leibe die Qualen der Arbeitslosigkeit spüren und denen sie aufs neue in Aussicht stehen, werden noch vernehmbar genug den Schrei ihrer Not den Herrschenden in die Ohren gellen lassen. Und die Arbeiterpresse wird dabei ihr Sprachrohr sein. Die Herrschaften; die da glaubten, mit dem Wehrbeitrag und der Vermögenszuwachssteuer die Massen beschwichtigt und getäuscht zu haben, werden bald genug erfahren, daß die ökonomische Entwicklung sich so wenig täuschen läßt wie die der sozialen Revolution.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Patriotisches Spiegeltum.

Die nationalistische Presse scheint es als eine Art Sport zu betreiben, bürgerliche Zeitungen daraufhin zu

beispieln, ob sie Inserate der „Volksfürsorge“ aufnehmen. Hat man ein solches Blatt entdeckt, dann wird es nach allen Regeln dieser schabigen Kunst denunziert, insbesondere dann, wenn es sich um eine Zeitung handelt, die auch zu amtlichen Publikationen verwendet wird. Die Aufnahme von ganz unzweideutigen Kuppel-Inseraten vermag dem patriotischen Charakter dieser Zeitungen keinen Abbruch zu tun, sobald sie aber eine Ankündigung der „Volksfürsorge“ bringen, dann sollen sie ihres patriotischen Charakters entkleidet werden. Daß sie mit solch schabigem Treiben die Ausdehnung der „Volksfürsorge“ hindern können, das werden sich die nationalistischen Spitzel wohl selbst nicht zutrauen.

Militärische Hilfe für die Agrarier und der „Königliche Rod“.

Es wird in landwirtschaftlichen Zeitschriften berichtet, daß in verschiedenen Gegenden die Landarbeiternot böse Formen angenommen habe, und das ist erklärlich. Als dienstwilliger Helfer springt da der Militarismus ein. Die Soldaten sind zum Teil froh, wenn sie auf ein paar Tage — sei es auch zu harter Arbeit — dem Kasernendruck entrinnen können; auf die Höhe des Lohns wird wenig gesehen. Aber in einem Punkte bestand bisher ein wesentlicher Mangel: es war übersehen worden, die Abnutzung des „königlichen Dienstzeuges“ während der Erntearbeiten in die Rechnung zu setzen. Diesem Mangel ist jetzt — dank der Feindschaft eines Regimentsobersten! — abgeholfen worden. Die Landwirtschaftskammer für Westfalen berichtet wenigstens: „Einem Antrage eines Regiments auf eine billige Entschädigung für Kleiderabnutzung bei Ernteurlaubern wurde entsprochen.“

Es wird allerdings unter den ostelbischen Agrariern Leute geben, die der Ansicht huldigen, daß militärische Ernteurlaubern auf den Domänen just so gut „Dienst“ verrichten wie in der Kaserne, — aber was ist zu machen: der Militarismus will nun einmal seine „billige Entschädigung“ haben.

Bitterer Schmerz eines Schulze-Delischianers.

In Bosen tagen augenblicklich die Genossenschaft Schulze-Delisch. In seinem Bericht beklagte sich der Verbandsanwalt, Dr. Crüger, — es ist der fortschrittlich-volksparteiliche Landtagsabgeordnete — bitter, daß auf dem letzten Evangelisch-Sozialen Kongress als das Ziel der Konsumvereinsbewegung die Gemeinwirtschaft bezeichnet worden sei; das hätten bisher nur die „sozialdemokratischen Revisionisten“ getan, denen die Konsumvereine ein Werkzeug des Klassenkampfes seien. — Herr Crüger braucht allerdings seine Leute nicht gegen den Verdacht in Schutz zu nehmen, daß sie etwa so revolutionär dächten, wie der Evangelisch-Soziale Kongress!

Folgen der Tabaksteuerverhöhung.

Daß die Einführung des Wertollzuschlages auf Tabak von bösen Folgen für die Tabakarbeiter begleitet sein würde, hat die Sozialdemokratie vorausgesagt. Es hieß aber, die Industrie werde die Steuererhöhung bald überwinden. Wie wenig diese Regierungswisheit zutrifft, beweisen u. a. einige Angaben der Tabakarbeitergenossenschaft für die Kreise Minden, Lübbecke und Herford — wo bekanntlich die norddeutsche Tabakindustrie zuhause ist. Es hat betragen:

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der oblig. Person.	Summe der verdienten Löhne
1907	590	13357	8 675 364 M.
1908	598	13595	9 023 460 M.
1909	586	13202	8 762 105 M.
1910	558	11557	7 487 410 M.
1911	567	11742	7 597 693 M.
1912	587	12142	8 723 688 M.

Es ist heute der Stand von 1908 noch nicht wieder erreicht, und durch den beginnenden Niedergang der Wirtschaftslage dürfte die Tabakindustrie aufs neue schwer getroffen werden. In den oben angegebenen Zahlen sind die Heimarbeiter nicht enthalten, bei ihnen hat sich die Folge der Steuererhöhung ganz besonders fühlbar gemacht.

Bemerkenswert ist auch, daß die Auswanderung nach dem Jahre 1909 verhältnismäßig stark in diesen Bezirken zugenommen hat.

Das Ende des schwäbischen Liberalismus.

Die liberalen Parteien in Württemberg sind seit den Landtagswahlen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Bei der Landtagswahlwahl in Rottweil, die am 13. September stattfindet, hätten sie Gelegenheit, dem Zentrum ein Mandat zu entreißen und damit ihre eigene Position ein wenig zu verbessern. Statt nun sofort entschlossen in den Kampf zu ziehen, verträdeln die Führer der Volkspartei und der Nationalliberalen zunächst Wochen mit einem läppischen Streit darüber, ob die eine oder die andere Partei den Kandidaten zu stellen hat.

Selbständig in einen Wahlkampf einzutreten, daran denkt schon längst keine der beiden Parteien mehr. Die Nationalliberalen müssen einen bereits nominierten Kandidaten wieder zurücktreten lassen, weil er der Volkspartei nicht gefällt. Diese erklärt sich bereit, die nationalliberalen Führer Kübel oder List zu unterstützen. Die beiden danken für Obhut; die Trauben sind ihnen zu sauer. Die Volkspartei will hierauf den Nationalliberalen aus der Verlegenheit helfen und selbst einen Kandidaten aufstellen. Sie findet nicht die Unterstützung der Nationalliberalen und duckt sich daher wieder. Endlich rücken die Nationalliberalen mit einer unbekanntem Größe, einem Herrn Müller an, und die Volkspartei beißt in den sauren Apfel und gibt mit knapper Mehrheit dieser Kandidatur ihre Zustimmung. Der berühmte Herr Müller zieht nun ins Feld mit seinen Getreuen, um den schwarzen Drachen zu erlegen. Die liberalen Felder werden es an geschwollenen Reden, daß sie berufen seien, das Schwabenland von der schwarz-blauen Herrschaft zu befreien, nicht fehlen lassen. Daß Gott erbarm! Unseren Parteigenossen bietet sich eine dankbare Situation bei dieser Ersatzwahl.

Steigende Lernerung.

Die Aussichten der Arbeiterchaft während der mit Macht hereinbrechenden wirtschaftlichen Krise sind geradezu trostlos. Gesteigerte Mieten und noch immer steigende Lebensmittelpreise auf der einen Seite, auf der anderen Seite sinkende Arbeitslöhne und erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit. Namentlich die Fleischnot und die hohen Fleischpreise hat man so gern als vorübergehende Erscheinung hinstellen wollen, darauf man auch die völlig unzulänglichen Maßnahmen zur Erleichterung der Vieheinfuhr berechnete. Nun ergaben die amtlichen Feststellungen, daß die Preise nicht fallen, sondern steigen, und daß der Fleischverbrauch deshalb ständig sinkt.

In Dortmund hat die Verwaltung des städtischen Schlachthofes folgende festgesetzt: Im Juli 1913 wurden hier geschlachtet 1423 Stück Großvieh gegen 1573 im Juli 1912, 6335 Schweine gegen 7252 im gleichen Monat des Vorjahres, 1068 Kälber gegen 1416, 373 Schafe gegen 450, 108 Pferde gegen 124. In dem einen Monat Juli ist das gegen den gleichen Monat im Vorjahre ein Rückgang von 1508 Stück Vieh — gleich 14 Prozent der gesamten Schlachtungen! Die Mindererschlagung gegenüber dem Vorjahre fällt um so schwerer ins Gewicht, als sich die Zahl der Einwohner Dortmunds im Laufe des Jahres um etwa 14000 vermehrt hat! Während des ganzen Jahres war im Industriebezirk noch Hochkonjunktur, die Arbeiter wurden aufs höchste angespannt, noch niemals sind an die Arbeitskraft solche Anprüche gestellt worden, als im letzten Jahre. Der sinkende Fleischverbrauch zeigt, daß dabei die Ernährungsweise der Arbeiter immer schlechter geworden ist. Und dank der Zoll- und Steuerpolitik ist natürlich nicht daran zu denken, daß etwa während der Krise eine Besserung erfolgen könnte. Vielmehr ist das Gegenteil zu erwarten.

Noch ein kurzer Nachweis, wie in Dortmund die Fleischpreise gestiegen sind, wobei bemerkt sei, daß die dortmunder Verhältnisse wohl für den ganzen Industriebezirk typisch sind. Die amtlichen dortmunder Marktberichte verzeichneten als niedrigste Preise für ein Kilogramm Rindfleisch am 23. 8. 1911: 1,37 Mk.; am 20. 8. 1913: 1,70 Mk.; Differenz gegen 1911: 0,33 Mk.; Kalbfleisch 1,35 bzw. 1,75 Mk.; Differenz 0,40 Mk.; Hammelfleisch 1,25 bzw. 1,70 Mk.; Differenz 0,45 Mk.; Schweinefleisch 1,30 bzw. 1,60 Mk.; Differenz 0,30 Mk.

In ähnlicher Weise sind die Preise für Schinken, Speck, Rindfleisch und Pferdefleisch gestiegen. Das sind nachhaft Wucherpreise, bei denen sich die Agrarier, Händler und Metzger allerdings wohl befinden. Aber wie wird hier die Volksgeundheit heruntergewirtschaftet! Das Fleisch wird von den Tischen der Arbeiter noch völlig verschwinden und nur noch als Delikatesse für die Besitzenden gelten!

Der „Friede von Metz“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt in ihrem Rückblick über den Katholikentag in Metz:

„Was die 60. Generalversammlung tat und wollte, das war eine unzweideutige Willenskundgebung der berufsmässigen Versammlung des katholischen Deutschlands. Eine Willenskundgebung spontan, einmütig, machtvoll für den Frieden unter den Katholiken. Man hörte förmlich den Ausspruch des Annetes über den Streit und den tausendstimmigen Ruf: Macht Friede und wo der Friede nicht möglich ist, kämpft wenigstens ritterlich. Diese Willenskundgebung richtet sich an Stellen, welche den Frieden bis jetzt gebrochen und gefährdet haben. Der Schrei nach Frieden gilt jenen, die durch Verdächtigung und Verkehrung, durch unaufrichtiges Anklagen und Beschuldigen so viel Bitterkeit und Verstimmung im katholischen Lager erzeugt und den Kampf des öffentlichen Lebens vergiftet haben. Wenn man nun endlich die Enzyklika des Papstes sagaxi quadam und die bischöfliche Interpretation zugelassen haben und befolgen wollte, kann es keine Verdächtigungen und Verkehrungen mehr geben, dann ist den christlichen Gewerkschaften die Werbearbeit ebenso erlaubt, wie den andern. Der Streit darf nicht mehr auf religiöses Gebiet hinübergetragen werden.“

Dann heißt es weiter:

„Wer den Frieden bricht und wieder im alten Geiste mit Verdächtigungen und Verkehrungen fortfährt, und wieder die Arbeiten der Katholiken und der Generalversammlungen hemmt und stört, der bricht den Frieden von Metz, und der wird nach der unzweideutigen Willenskundgebung des Metz Katholikentages zum Gegner im eigenen Lager.“

Ein Ungläubiger.

Der konservative Reichstagsabgeordnete v. Gräfe erklärte in einer Wählerversammlung im Wahlkreis Magdeburg-Pölkow gegenüber einem nationalliberalen Redner:

„Und wenn Sie mir die Unterschriften aller nationalliberalen Abgeordneten bringen, mit der sie sich zum Schutze der Landwirtschaft verpflichten, und wenn diese

Unterschriften notariell beglaubigt sind, so glaube ich es doch noch nicht.“

Abg. v. Gräfe ist kein Junker von Geburt, sein Vater war ein berühmter Augenarzt und liberal gestimmt, sondern ein gelehrter Junker, mit all den unangenehmen Eigenschaften, die nun einmal Überläufer anzuhaften pflegen. Den Nationalliberalen hat er aber sicher bitter Unrecht getan, denn an Schutzzöllner haben sie sich nicht einmal von den Konservativen übertreffen lassen.

Einem plumpen Schwindel

leistet sich im nationalliberalen „Hannoverschen Courier“ eine sogenannte „unterrichtete Seite“ im Rahmen einer Notiz über „Das Ende der sozialdemokratischen Eisenbahnerbewegung“. Da heißt es:

„Die einst von der Sozialdemokratie mit großen Hoffnungen ins Leben gerufene Eisenbahnerbewegung ist zusammengebrochen. Vor einigen Jahren wurde der sozialdemokratische Eisenbahnerverband als Sektion dem Transportarbeiterverbande angegliedert und die sozialdemokratischen Gewerkschaften bekamen von der Generalkommission die Anweisung, alle Kräfte daranzusetzen, um den Eisenbahnerverband in die Höhe zu bringen. Er sollte vor sechs Jahren etwa 6000 Mitglieder haben, die vornehmlich in Leipzig, Dresden, Magdeburg, Hannover, Hamburg und Berlin und in einer Anzahl Industriezentren, im Rheinland und Westfalen, wohnten. Die Partei steckte viel Geld in diese Agitation und der internationale Sekretär Sodade hatte sich auch viel Mühe gegeben, um die Bewegung in die Höhe zu bringen.“

Als eine der Ursachen des Zusammenbruchs wird dann genannt: „Es ist die Erkenntnis den Eisenbahnerarbeitern immer mehr und mehr aufgegangen, daß ihre Interessen bei der Sozialdemokratie nicht gewahrt sind.“ Schließlich wird der Zusammenbruch als ein „Fiasko der Sozialdemokratie“ bezeichnet.

Das ist ja die schon bekannte Art und Weise, der Sozialdemokratie eins anzuhängen und sie für Dinge verantwortlich zu machen, die sie als Partei nichts angeht. Zutreffend behandelt die „Frankfurter Zeitung“ das Bemühen, den Verband unter Bezugnahme auf die Sozialdemokratie als „staatsgefährlich“ hinzustellen, unter dem Gesichtspunkt politischer Falschmünzerei. Sie schreibt u. a.:

„Der Kampf gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband ist von der bayerischen Regierung sicher mit rechtlich so unzureichenden Gründen und vom Zentrum, das in dem Verband lediglich einen lästigen Konkurrenten seines eigenen Protektionskindes sieht, in so nichts würdigen, jedem politischen Anstandsgefühl Hohn sprechenden Formen geführt worden, daß das Bestreben jener Kreise, ihr Vorgehen nach außen moralisch zu rechtfertigen, wohl zu verstehen ist. Wiederholt ist die Methode klerikaler Beweisführung in dieser Streitfrage gekennzeichnet worden; sie wird nicht besser dadurch, daß immer wieder mit groben Fälschungen, mit gewaltsamer Interpretation von Rundgebungen der Verwaltungsleitung und mit der Unterchiebung von Äußerungen dem Verband durchaus fernstehender Kreise gearbeitet wird.“

Der Nichtswürdigkeit des Zentrums kommen nur nationalliberale Blätter zu Hilfe.

Keine Aufhebung der Leuchtmittelsteuer.

Im Anschluß an eine Eingabe der industriellen Interessenten hat das Reichsfinanzamt Erhebungen über die Wirkung der Leuchtmittelsteuer angeordnet und daraus war gefolgert worden, daß mit einer Aufhebung dieser Steuer gerechnet werden könne. Dieser Meinung tritt eine offiziöse Erklärung entgegen, welche besagt:

„Diese Mitteilung beruht durchaus auf einem Irrtum, denn keine maßgebende Stelle der Reichsregierung denkt an eine Aufhebung der Leuchtmittelsteuer. Diese liefert den Reichsfinanzen steigende Erträge, die für das laufende Jahr mit 15 Millionen Mark veranschlagt sind. Auf eine solche Steuerquelle zu verzichten, liegt bei der Lage unserer Reichsfinanzen in absehbarer Zeit jedenfalls kein Anlaß vor.“

Holland.

Ein Gewaltstreik. Die koloniale Regierung in Niederländisch-Indien hat einen Gewaltstreik begangen, der keinesgleichen sucht. Sie hat den Redakteur des am meisten geleiteten Oppositionsblattes in Indien, des „Bandanger Express“, Herrn Douwes Dekker, einen Neffen des bekannten Dichters und geistigen Revolutionärs Multatuli, nach der entferntesten und einsam gelegenen kleinen Insel Timor verbannt. Natürlich ist Dekker außerstande, von dort aus sein Tageblatt zu redigieren, und die von ihm geleitete Bewegung der unteren Schichten der indischen Bevölkerung weiter zu führen. Herr Douwes Dekker ist der Sohn eines europäischen Vaters und einer javanischen Mutter und rechnet sich selbst zu den Indiern, deren Ausbeutung durch das europäische Kapital er mit scharfer Worten geißelte. Er ist kein Sozialist, aber sieht doch in der sozialistischen Partei die einzige Kämpferin für die Hebung der kolonialen arbeitenden Bevölkerung und für die Erhebung der Kolonie zur Selbständigkeit. Als ein Zeichen des Tiefstandes eines Teils des holländischen Liberalismus ist die Tatsache zu verzeichnen, daß das große Amsterdamer liberale Tageblatt „Handelsblaad“ der Verbannung Dekkers lebhaft applaudiert.

Balkan.

Die Adrianopel-Frage. Die Berliner offizielle Auffassung von der Sachlage am Balkan spiegelt das folgende, anscheinend offiziöse Telegramm der „Köln. Ztg.“ wieder: Die gestern ausgedrückte Hoffnung auf ein Entgegenkommen der Türkei zur Einseitigen ihrer Truppenbewegungen jenseits der Maritima scheint in Erfüllung zu gehen. Die Pforte hat den Rückmarsch der vorgehobenen Abteilungen augenscheinlich bereits angeordnet. Wenn infolge dieser veränderten Haltung der Türkei Bulgarien die Unverletzlichkeit seines Gebietes anerkannt sieht, so können die Großmächte in der Verhütung weiterer Uebergriffe einen Erfolg ihrer Einwirkung in Konstantinopel verzeichnen. Die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Bulgarien bringt rechtzeitig eine mündigenwerte Entspannung. Die

Frage nach der Zukunft Adrianopels ist damit freilich noch nicht gelöst. Die Stadt mit bewaffneter Hand für die Bulgaren zurückzugeben, scheint keine Großmacht für angebracht zu halten. Es bleibt nur die Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen, möglicherweise in Verbindung mit Verhandlungen zwischen Bulgarien und Türkei, übrig.

In türkischen Kreisen Londons hegt man bestimmte Zuversicht auf einen für die Türkei günstigen Verlauf der Adrianopel-Frage. Man rechnet darauf, daß die Großmächte keiner Macht das Mandat anvertrauen würden, gegen die Türkei Gewaltmittel anzuwenden, was aus den schleppenden Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen klar ersichtlich ist. Ein isoliertes Vorgehen einer einzelnen Macht wird als immer unwahrscheinlicher bezeichnet in Anbetracht der Komplikationen, die aus einem derartigen Vorgehen für Europa entstehen könnten. Alles dies spreche dafür, daß beide Großmächtegruppen, die unter sich nicht einig seien, kaum zu Zwangsmaßnahmen greifen würden. Einiges Mißtrauen gegen die Absichten Rußlands scheint aber doch noch vorhanden zu sein: „Irgend etwas geht in dem bulgarischen Hafen Burgas vor“, meldet der „Times“-Korrespondent in Konstantinopel, „der österreichische Norddampfer ist dort gestern verhindert worden, Güter zu landen. Auf der Pforte wird die Möglichkeit einer russischen Truppenlandung in Bugas in Erwägung gezogen.“ Auch aus Petersburg erhält dieselbe Zeitung die Meldung, daß die Spannung zweifellos im Zunehmen begriffen sei.

Der Spezialkorrespondent des Pariser „Matin“ in Petersburg gibt folgende Darstellung der in Petersburg politischen Kreisen angeblich herrschenden Ansicht: Rußland verkoppelte die beiden Fragen der sofortigen Räumung des rechten Marikaufers durch die Türkei und der Zurückgabe Adrianopels an die Bulgaren nicht miteinander. Rußland gab der Türkei seinen unerzitterlichen Willen kund, strenge Maßnahmen anzuwenden, damit das den Bulgaren durch den Vertrag in Bulgarenerkennung anerkannte Küstenland am Ägäischen Meere bulgarisch bleibe. Betreffs Adrianopels begnügt sich die russische Regierung für den Augenblick mit einem finanziellen Boykott der Türkei, um ein annehmbares Arrangement zwischen der Türkei und Bulgarien herbeizuführen. Rußland verlangt von seinem Verbündeten, Frankreich, loyalste Ausführung dieses Boykotts. Rußland weiß, daß die Türkei versucht, gewisse Konzessionen in Kleinasien zu Geld zu machen, und daß man in französischen Kreisen nicht ohne Bedauern und Bitterkeit sieht, daß diese Konzessionen in die Hände anderer Nationen übergehen. Rußland ist trotzdem überzeugt, daß Frankreich in der Frage des finanziellen Boykotts mit ihm geht bis zu dem Augenblick, wo die Adrianopel-Frage geregelt ist. Die russische Regierung verlangt die völlige Räumung Adrianopels durch die Türken und Uebergabe Adrianopels an die Bulgaren. Die große Mehrheit der öffentlichen Meinung Rußlands würde sich mit weniger begnügen und ein billiges Arrangement gutheißen.

Dem wird jedoch bezeichnenderweise hinzugefügt, daß nach Auslassungen französischer Politiker in diplomatischen und finanziellen Kreisen angeblich der russische Gedanke einer finanziellen Boykottierung der Türkei in Paris keinerlei Sympathie begegnet und sehr wenig Aussicht hat, von Frankreich akzeptiert zu werden.

Ein Zusammenstoß zwischen Türken und Bulgaren.

Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Konstantinopel wurden jenseits der Marikalinie türkische Vorposten, die Orakoej besetzten, von einem etwaigen bulgarischen Angriff zu begegnen, um einem schwachen bulgarischen Bataillon angegriffen. Dasselbe wurde zurückgeworfen; es verlor 100 Mann und 180 Gefangene, worunter sich ein Oberst, zwei Hauptleute und mehrere Offiziere befanden.

Die Flucht vor den neuen Herren. Aus Athen wird der „Köln. Ztg.“ telegraphiert: Da die Räumung des von den griechischen Truppen besetzten Teiles von Olympeiden und Thrazien und die Uebergabe an Bulgarien in den nächsten Tagen bevorsteht, haben die Bewohner dieser Gegenden aus Furcht vor neuen Greuelthaten der Bulgaren ihre Städte und Dörfer im Stich gelassen und sich auf griechisches Gebiet geflüchtet. Seit acht Tagen ist die Straße von Strumnika nach Doiran voll von Flüchtlingen. 15 türkische Dörfer in der Umgegend Strumnikas sind vollständig verlassen. Die Stadt selbst liegt fast verödet. Der Wert des zurückgelassenen Besitztums ist beträchtlich. Auch die Juden ziehen fort. Die Bewohner von Melenit ließen den Wein aus den Fässern auslaufen, rodeten die Weinpflanzungen aus und zündeten ihre Häuser an. Die Umgegend von Saloniki wimmelt von Flüchtlingen aller Nationalitäten.

Verhandlungen über Adrianopel. In informierten politischen Kreisen verlautet, zwischen der Türkei und Bulgarien finden auf Regelung der Adrianopeler Frage bezügliche vertrauliche Vorbesprechungen statt.

Der „Tanin“ erfährt, die Stadt und der Hafen von Dedeagatsch seien von den Griechen geräumt, aber von den Bulgaren nicht wieder besetzt worden.

China.

Die sündchinesischen Rebellen. Ein Führer der Aufständischen richtete an das deutsche Konsulat ein Schreiben, in dem er behauptete, der vor Hanking liegende deutsche Kreuzer „Emden“ habe die Stellung der Aufständischen auf dem Löwenhügel besessen. Er drohte mit der Beschießung des Kreuzers „Emden“ und des Konsulatsgebäudes durch die Aufständischen. Der Konsul richtete im Einvernehmen mit dem Kommandanten des Kreuzers an den Rebellenführer ein Schreiben, in dem er feststellte, daß die Behauptung einer Beschießung des Löwenhügels durch den Kreuzer „Emden“ un wahr sei, und gegen die von den Aufständischen angedrohten Feindseligkeiten protestierte.

Afrika.

Die Italiener in Tripolis. Die „Pazifizierung“ des von den Italienern annektierten, aber noch immer

eroberten Tripolitaniern erfordert noch fortgesetzt Kämpfe und Menschenopfer. Von einem neuen Kampf wird aus Benghasi, 22. August, gemeldet: Die Truppen des Generals Alessandri rückten gestern von Guarcia nach Suluk vor. Der Marsch erfolgte in zwei Abteilungen, deren eine sich auf Gabre Abdalle und deren andere sich auf Ebdueja zu bewegte. Gegen 9 Uhr 30 Minuten wurde die erste Abteilung bei Gabre Abdalle durch 300 Aufständische zu Pferde heftig angegriffen. Die Angreifer wurden in die Flucht geschlagen und erlitten bedeutende Verluste. Auf italienischer Seite wurden zwei weiße Soldaten verwundet, zwei Askaris getötet und vier verwundet. Heute haben die Truppen des Generals Alessandri den Marsch in der Richtung auf Suluk wieder aufgenommen. Eine starke Abteilung der Rebellen versuchte bei Giardina Widerstand zu leisten, wurde jedoch sehr schnell zerstreut und durch Kavallerie verfolgt. Die erste Abteilung rückte, nachdem noch verschiedene kleinere Gruppen des Feindes geschlagen worden waren, in Suluk ein und pflanzte dort die italienische Flagge auf. Die zweite Abteilung blieb bei Giardina zurück. Die Italiener hatten keine Verluste.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 23. August.

Dr. Klüggmann, der hanseatische Gesandte und bevollmächtigte Minister der Hansestädte am preussischen Hofe, sowie Vertreter der Hansestädte im Bundesrat tritt seines hohen Alters wegen — 78 Jahre — am 1. Oktober in den Ruhestand. Jetzt wäre es an der Zeit, mit dem völlig überflüssigen Posten eines hanseatischen Gesandten und Ministers aufzuräumen. Lübeck würde dadurch einen schönen Baken Geld sparen. Und wenn wirklich einmal etwas mit der preussischen Regierung zu besprechen ist — was wohl nicht allzu häufig vorkommen dürfte — dann setzt sich ein Senator auf die Bahn und erledigt die Geschäfte. In einem Tage läßt sie sich schließlich abwickeln. Derartige Delegationen würden uns aber — selbst wenn der betr. Herr 3. Klasse fahren und 10,— Mark Diäten pro Tag bekommen sollte — nicht im entferntesten 10 000 Mark pro Jahr kosten, die wir heute als Anteil Lübeds zu den Kosten der Gesandtschaft zahlen müssen. Es wäre an der Zeit, daß man sich ernstlich mit dieser Frage beschäftigt und zur Abschaffung dieses Postens kommen würde. Leider ist jedoch daran nicht zu denken, wie aus den Antworten vom Senatstisch aus Unschlüssigkeit hervorging. Man hat ja auch schon einen Herrn aus dem Lübecker Senat für diesen Posten in petto. Wenn die Hamburger und Bremer wollen, dann wird er „hanseatischer Gesandter und bevollmächtigt Minister der Hansestädte am preussischen Hofe“ mit dem fargen Gehalt von etwa 40 000 Mark pro Jahr.

Ausbeutung der Notlage. Seit einigen Jahren macht sich eine sehr starke Zunahme des Angebots am Arbeitsmarkte für weibliches Bureaupersonal bemerkbar. Zwar ist die Verwendung weiblicher Hilfskräfte in den kaufmännischen Bureaus in neuerer Zeit wesentlich gestiegen, doch nicht in dem Maße, wie die Zahl der Stellenjuchenden zugenommen hat. Die Folge davon ist eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und eine recht hohe Arbeitslosigkeit unter den Handlungsgehilfinnen. Die Not weiser Schichten der Bevölkerung, verursacht durch die immer höher werdenden Preise für Lebensmittel und Wohnungen, zwingt nicht nur die Frauen und Mädchen des Proletariats, sondern auch des Mittelstandes, sich einen selbständigen Beruf zu suchen und zum Unterhalt der Familie etwas beizutragen. Die jungen Mädchen haben nicht die Zeit und auch nicht das Geld, um die auch nur in größeren Städten befindlichen Schulen für Handlungsgehilfinnen zu besuchen, die ihre Schülerinnen in 1, 1½- oder 2jährigen Kursen für den Handelsberuf vorbereiten. Sie müssen schnell mit der Lehre fertig sein, um bald zu verdienen. Diese Lage haben zahlreich private, sogenannte Handelsschulen und ähnliche Lehranstalten sich zunutze gemacht, indem sie die Ausbildung junger Mädchen für den Beruf als Handlungsgehilfinnen übernehmen und durch mögliche Verkürzung der Ausbildungszeit sich eine recht große Zahl von Schülerinnen zu sichern suchen. Diesen „Handelsschulen“ liegt weniger an einer gründlichen sachgemäßen Ausbildung ihrer Schülerinnen, als vielmehr an recht hohem Profit. Natürlich ist die Ausbildung der Handelsschülerinnen in diesen Instituten recht mangelhaft. In der kurzen Zeit, die so viele Mädchen anlockt, können nicht einmal die einfachen technischen Arbeiten, wie Schön- und Maschinenschriften so gelehrt werden, wie es den Bedürfnissen der Praxis entspricht. Die Ausbildung in der Buchführung, im Rechnen und in der kaufmännischen Korrespondenz läßt noch sehr zu wünschen übrig. Bei der kurzen Dauer des einzelnen Ausbildungskurses ist es auch gar nicht möglich, den Schülerinnen etwigermaßen ausreichende Kenntnisse zu übermitteln. Ein großer Teil der Handelsschulen arbeitet mit unächtigen Lehrkräften, und bedenklich ist auch die Strupplosigkeit, mit der viele Anstalten dieser Art ihren Schülerinnen die besten Zeugnisse ausstellen, trotzdem sie doch genau wissen, daß die vorhandenen Kenntnisse sehr minimal sind. Es wäre deshalb durchaus notwendig, daß diesen privaten Instituten mehr auf die Finger gesehen wird und daß sie einer dauernden Aufsicht unterstellt werden würden, damit die furchtbare Ausbeutung, die sie an ihren Schülerinnen üben, bald aufhört.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats Juli 1913. Die Zahl der Geburten betrug 95 (1912: 98), die der Lebendgeburteten 210 (212) und die der Sterbefälle 122 (132). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 88 (80). Uneheliche Geburten kamen 15 (23) mal vor. Totgeburteten wurden 3 (4) mal registriert.

Aus Schöppendicht. Behördliche Beschlüsse sind an sich heilig. Sie werden meistens von höherem Einsichten, das die Macht des Amtes verleiht, diktiert. Es kann aber auch einmal vorkommen, daß eine hohe Behörde ihre Sachkenntnis andern überläßt, wenn sie glaubt, daß diese mehr davon verstehen. Nicht immer geben Behörden zu verstehen, daß ihre Urteilskraft unzureichend ist. Denken wir nur an die Arbeiterforderungen in bezug auf Aseninspektion usw. Da werden die bekannten Einwände gebraucht, daß die wirklich Sachverständigen dazu nicht geeignet seien. Anders liegt die Sache, wenn es sich um die zarte Haut der Sommerfräule handelt. Da kann auch mal eines Mannes Urteil als grundlegend angenommen werden, der die feine mitunter unterm Strock verbirgt. Sag da in Travemünde ein Antrag der Kurdirektion vor, darauf hinzuwirken, daß Torpedoboote während der Sommermonate dem Kurort und Seebade fernbleiben, da sie eine Belästigung des Bades bedeuten. Die starke Raucherentwicklung der Kriegsfahrzeuge führe zu Unzuträglichkeiten, die See werde durch die Dampfschiffe verunreinigt. Die Behörde beschloß, vom Lotsenkommandeur ein Gutachten einzufordern und auf Grund dessen ev. den Senat zu ersuchen, das Erforderliche zu veranlassen. — Erst schreiben die Nordspatritoten nach Meer und Marine, schmieren die Zeitungen voll bei jedem Besuch eines Kriegsschiffes, geben Festessen auf Kosten

der Steuerzahler und dann eifeln sie sich vor einem bischen Rauch, der ihr Odol unriechbar machen könnte. Geste Patritoten.

Zur Nachwahl in Hamburg. 1. Außer den Konservationen werden auch die Nationalliberalen sich an dem für die bürgerlichen Parteien völlig ausichtslosen Wahlkampf beteiligen. Als ihr Kandidat wird das Mitglied der Bürgerchaft, Rechtsanwalt Burghardt, der Sohn des verstorbenen Hamburger Bürgermeisters, genannt. Die Fortschrittler sind noch nicht schlüssig, ob sie einen eigenen Kandidaten aufstellen sollen.

Eine allgemeine Viehzählung findet im Deutschen Reich am 1. Dezember statt. Der Bundesrat hat auch eine Zählung der Obstbäume beschlossen, die in Preußen mit der Viehzählung verbunden wird. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, und auf die tragfähigen und noch nicht tragfähigen Äpfel, Birnen, Pflaumen und Zwetschen, Kirschen, Aprikosen, Nüsschen und Walnussbäume. Ermittelt werden auch die Gehöfte mit und ohne Vieh, die Viehhaltenden Haushaltungen, die Gehöfte und Hausgärten mit Obstbäumen, die Grundstücke mit Obstbäumen, im freien Felde, die Chausseen, Wege usw. mit Obstbäumen. Vorübergehend abwesendes Vieh wird gezählt, vorübergehend anwesendes nicht. Die Zählung wird unter Leitung der Ortsbehörde durch freiwillige Zähler vorgenommen.

Gewerbesteuer. Diejenigen Steuerpflichtigen, welche nach dem Lübeckischen Gewerbesteuergesetz vom 14. Januar 1911 Gewerbesteuer zu entrichten haben und denen ein Gewerbesteuerzettel für das Steuerjahr 1913/14 noch nicht zugestellt worden ist, werden gemäß § 20 Absatz 1 des Gewerbesteuergesetzes aufgefordert, bis spätestens den 1. September 1913 dem Steuerbureau, Fleischhauerstraße 20, hiervon schriftlich Anzeige zu machen. Wer die Anzeige unterläßt, kann mit Geldstrafe bis zu 100 Mark belegt werden.

Die Not der Zeit. Den Offenbarungseid haben im verfloffenen Monat 26 Personen geleistet, darunter 7 Frauen.

Die Entwicklung der Schifffahrt und ihre Menschenopfer. Die See-Berufsgenossenschaft konnte am Schluß des Jahres 1912 auf eine 25jährige Wirksamkeit zurückblicken. Sie hat aus diesem Anlaß jetzt einen Bericht erscheinen lassen, der ihre Tätigkeit in diesem Zeitraum schildert. Da die Entwicklung der See-Berufsgenossenschaft identisch ist mit der Entwicklung der deutschen Reederei überhaupt und der Bericht auch eine Fülle statistischer Angaben über die Unfälle zur See enthält, so ist ein kurzer Auszug aus ihm gewiß recht lehrreich. Der Genossenschaft gehörten bei ihrer Gründung am 1. Januar 1888 insgesamt 1790 Reedereibetriebe und 28 verwandte Betriebe an. In ersteren waren 3189 Fahrzeuge beschäftigt und zwar 2332 hölzerne Segelschiffe, 174 eiserne Segelschiffe und 683 Dampfer. Am 31. Dezember 1912 wurden 1522 Schiffsfahrts- und 47 verwandte Betriebe gezählt. Erstere besaßen 3717 Fahrzeuge und zwar 813 hölzerne Segelschiffe, 565 eiserne Segelschiffe, 58 Segelschiffe mit Hilfsmaschinen, 1775 Dampfer, 245 Schiffsdampfer mit 261 Heringslogger. In demselben Verhältnis, in dem sich die hölzernen Segler verminderten, haben sich die Dampfer vermehrt. Am besten kommt die Entwicklung der Seeschifffahrt in dem Raumgehalt der Schiffe zum Ausdruck. Dieses stieg in der genannten Zeit insgesamt von 4,0 auf 13,6 Millionen Kubikmeter. Von den einzelnen deutschen Häfen zeigte die größte Entwicklung Hamburg, während Danzig Verluste erlitt.

Die in den Schiffsbetrieben beschäftigten Personen haben sich in dem Vierteljahrhundert von 37 795 auf 86 176 vermehrt. Die See-Berufsgenossenschaft rechnet nicht wie andere Berufs-genossenschaften mit den wirklich verdienten Löhnen. In der See-Unfallversicherung wird mit der Durchschnittssteuer gerechnet, die von den Seeämtern festgesetzt wird. Der Bericht hebt aber besonders hervor, daß die Durchschnittslöhne ständig erhöht worden sind. Das mag richtig sein. Es muß aber hinzugefügt werden, daß immer erst ein heftiger Kampf durch die Seeleute, teilweise auch durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, darum geführt werden mußte. Im Jahre 1912 wurden rund 80 Millionen Mark Durchschnittslöhne angerechnet. Auf den durchschnittlich Beschäftigten entfallen etwa 920 Mk., auf den Kollarbeiter etwa 1000 Mark pro Jahr.

Die Betriebsunfälle haben sich nicht nur absolut, sondern auch relativ ungeheuer vermehrt. Sie stiegen von 854 oder 22,3 Verletzte pro 1000 Versicherte im Jahre 1888 auf 3898 oder 45 Verletzte pro 1000 Versicherte im Jahre 1912. In den letzten 25 Jahren deutscher Seeschifffahrt wurden 67 536 Unfälle, 57 123 Verletzungen und 10 413 Todesfälle gezählt. Das sind ganz ungeheure Opfer, die da im Interesse des Reedereigewerbes gebracht wurden. Der Genossenschaftsbericht muß das anerkennen, sucht aber allerlei Entschuldigungen, wie die fortschreitende maschinelle Entwicklung, die größeren Schiffskatastrophen usw. Im Jahre 1912 wurde an 5822 Personen 1 182 050 Mark Unfallentschädigung gewährt. In den Jahren 1888 bis 1912 wurden insgesamt 15,4 Millionen Mark ausgezahlt. Wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften wurden zahlreiche Geldstrafen verhängt. Eine Reederei mußte z. B. 23 000 Mark zahlen. Der Bericht zollt für die großzügige Entwicklung der deutschen Kaufschiffahrt großes Lob. Der Mitarbeit der gesamten Arbeiter- und Beamtenerschaft aber wird mit keinem Worte gedacht. Wie immer in unserer Zeit des Geldsacks und des Personenkultus.

pb. Geföhlen. Am 22. d. Mts. gegen 6½ Uhr abends ist aus dem 1. Stock des Karstadtischen Umbaues am Scharangen eine braune, ins grünlige schimmernde Regen-Felleine abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Aufhängel ist aus dem Stück eines blauen Schürzenbandes gefertigt.

Lübecker Sommertheater. Auch zum 13. Male war die reizende Operette „Filmzauber“ ganz ausverkauft und wird wohl bis Schluß der Saison (14. Sept.) ihre Anziehungskraft beibehalten. Ebenso ist es mit „Puppchen“, welches morgen zum 6. Male gegeben wird. Montag verabschiedet sich für diese Saison Herr Heydecker in einer seiner besten Rollen als Musenfett in „Filmzauber“. Dienstag wird „Der lächelnde Knabe“ wiederholt und Mittwoch ist zum Benefiz unserer verdienstvollen Künstlerin Fräulein Selga Bally eines der gegenwärtig besten Lustspiele, „Wieselfeld“. Donnerstag ist ein interessanter Abend, das Verklüppel-Spiel „Standhafte Liebe“ von Kruse, worin Ernst Albert seine Glanzrolle, den Abt von St. Gevarin, spielt. Vorbereitet wird das neueste Werk von Gerhardt Hauptmann „Gabriel Schillings Flucht“.

August Bebel's letzte Fahrt ist auch im Metropol-Theater (Gde Breite- und Hügelstraße) seit gestern im Film zu sehen. Besonders markant treten die Gruppen des Parteivorstandes, der Kranzträger und vor dem Krematorium während Richard Fischers Rede hervor. Manches bekannte Gesicht ist zu sehen, und jeder Besucher fühlt sich im Geiste unter die Leidtragenden versetzt und begleitet den Welterschütterer — wie ihn Hellmut von Gerlach genannt — zur letzten Ruhestätte. Auch ein großartiger Körnerfilm wird vorgeführt, der das Leben des vor nunmehr 100 Jahren bei Gadebusch gefallenen Dichters und Freiheitskämpfers im Bilde zeigt. Wir können den Besuch nur empfehlen.

Obesloe. Verdächtiger Brandstifter. Ein Mitbewohner des gestern in der Königstraße abgebrannten Gebäudes, der Händler Schacht, ist wegen Verbauchs der Brandstiftung verhaftet worden. Sch. wurde kürzlich wegen

körperlicher Mißhandlung der Gutsbesitzerin Frau Thöne und deren Tochter vom hiesigen Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und soll diese Strafe nächsten Dienstag antreten. Es wird ein Nachseht angenommen. In größter Lebensgefahr schwebten nach Ausbruch des Feuers drei Kinder, die in einem verschlossenen Zimmer allein zu Hause waren. Es gelang, die Tür gewaltsam zu öffnen und die Kinder noch eben rechtzeitig zu befreien.

Neumünster. Sittlichkeitsverbrecher. Die Kriminalpolizei verhaftete den Arbeiter Meyer, der sich schwere sittliche Verfehlungen an seiner 80jährigen, gelähmten Stiefmutter hat zuschulden kommen lassen.

Flensburg. Feuer. In der Dampfzweigfabrik der Flensburger Chamotte- und Steinzeugfabrik brach Freitag abend Feuer aus, das nach kurzer Zeit das ganze Fabrikgebäude in Asche legte. Wegen der Entlassung eines Formers hatten die Arbeiter der Fabrik vor einigen Tagen die Arbeit niedergelegt. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden ist erheblich.

Neuburg. Die lieben Arbeitswilligen. In der „Kieler Ztg.“ lesen wir: Während der Aussperrung im Malergewerbe standen mehrere Malergehilfen von hier Streikposten auf dem Bahnhof. Der Malergehilfe Thonisen aus Schleswig, der nicht zum Verband gehörte und hier arbeitete, wurde von dem Malergehilfen B. belästigt. B. verfolgte den Th. durch mehrere Straßen und beleidigte ihn mit den Worten: „Streikbrecher, Schindluder, Lump. Du willst uns das Brot aus Rendsburg fortholen.“ Dann griff B. den Th. an und versetzte ihm mit einem harten Gegenstand einen Schlag auf den Kopf. B. wurde deswegen vom hiesigen Schöffengericht heute zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Straffürsündig fiel, abgesehen von der Vorstrafe, die Ermüdung ins Gewicht, daß Arbeitswillige bei einer Aussperrung geschädigt werden müssen. — Natürlich!

Geestmünde. Todessturz. Ein schwerer Unglücksfall, der ein blühendes Menschenleben vernichtet hat, ereignete sich am Mittwoch bei den Bauarbeiten im Fischereihafen. Der Bauhilfsarbeiter Johann Cappelmann stürzte bei der Arbeit ab und fiel so unglücklich, daß er einen mehrfachen Schädelbruch erlitt, dem er bald nach dem Unfall erlegen ist. Der so jäh ums Leben getommene Arbeiter war erst 36 Jahre alt.

Wismar. Krieger im Frieden. Vor Stagen fand auf dem Linienschiff „Ostfriesland“ eine Revolverübung statt, bei der der Fähnrich z. S. Goetze von einem Maschinisten durch einen unglücklichen Schuß getötet wurde. Der Schuß traf den Fähnrich in den Leib, fuhr aus dem Rücken wieder heraus und ging einem Signalgas in den Oberschenkel. Der Fähnrich starb nach einer Viertelstunde an Verblutung. Der junge Mann stand kurz vor der Beförderung zum Offizier. Seine Eltern leben in Rassel.

Bremerhaven. Brüllende Schiffsoffiziere. Das ohnehin wenig erhabende Bild der Seefahrtsromantik erfährt durch einen neuen trafen Fall von Seemannsmißhandlung, der vom Lloyd-Dampfer „Schlesien“ gemeldet wird, eine Ergänzung. Es war am 5. Juni. Das Schiff lag im Hafen von Sidon, und ein Feizer hatte, vielleicht in Unbetracht der hohen Temperatur, etwas mehr getrunken, als seinem Körper zuträglich war. Nun ist es immerhin ein heißes Ding, in wenn auch nur etwas angetrunkenem Zustande einem Schiffsgewaltigen Wünsche zu unterbreiten, und es wäre zweifellos richtiger gewesen, der Feizer hätte seine Wünsche auf den folgenden Tag verschoben; ein Verbrechen aber, das mit Faustschlägen und Fußtritten geahndet werden muß, ist es trotz alledem nicht. Der Feizer also wandte sich in dieser Stimmung an den dritten Offizier mit der Bitte um etwas Vorkauf. Der Offizier verwies den Feizer an den Kapitän, der jedoch nicht an Bord war. Der Feizer meldete dies dem Dritten und jetzt verlangte letzterer zunächst, daß der Feizer, wenn er mit ihm, dem Allgewaltigen, spreche, die Hände aus der Tasche und die Füße zusammenzuziehen, was der Feizer mit vollem Rechte und dem Hinweis darauf verweigerte, daß doch ein Lloyd-Dampfer schließlich kein Kriegsschiff sei. So gab ein Wort das andere, bis auch der erste Offizier auf der Bildfläche erschien, der dem Dritten den christlichen Rat erteilte, dem Manne ein paar unter zu haben. Hierdurch ermutigt, fiel der dritte Offizier über den Feizer her, schlug ihn mit Fäusten und warf ihn zu Boden, wo er dann, auf den Mann kniend, so lange auf den Mann einschlug, bis es dem ersten Offizier selbst zu viel wurde und dieser den Rasenden von seinem Opfer heruntertrieb. Der Aufforderung des jetzt an Bord kommenden Kapitäns, den Mann nach vorne zu bringen, leisteten die Herren Offiziere nicht Folge, dagegen fielen sie erneut über den Feizer her und brachten ihn mit Faustschlägen und Fußtritten die Treppe zum Vordeck hinunter. Erst nachdem Ladungsarbeiter dem Mißhandelten zur Hilfe eilen wollten, wurde dem empörenden Roheitsakt Einhalt getan. Noch aber hatte man sein Mädchen nicht geföhlt. Man holte vielmehr noch die Polizei herbei und ließ den Feizer verhaften. Ein Teil der Zeugen dieses Vorfalls erbat sich dann Urlaub und begab sich zum Konsulat, wo sie Anzeige erstatteten und die Einzelheiten zu Protokoll gaben. Obgleich den Leuten nun verichert wurde, daß, wenn die Verhandlung stattfindet, sie als Zeugen geladen werden sollten, haben sie nichts wieder über die Angelegenheit gehört. Soweit die der „Volkstimme“ von Augenzeugen übermittelte Darstellung des Roheitsaktes, der hinsichtlich seiner Form wieder einmal aus dem Rahmen des Alltäglichen heraus fällt. Nun ist es ja hinlänglich bekannt, daß die Seemannsordnung die Schiffsoffiziere mit geradezu unbegrenzten Machtbefugnissen ausrüstet — deshalb unser Kampf für ihre gründliche Reformierung. In diesem Falle aber haben die Herren Offiziere mehr getan, als nur ihre Disziplinargewalt überschritten; sie haben sich der gemeinsamen Körperverletzung schuldig gemacht und gehören deshalb wie jeder andere Sterbliche auf die Anklagebank. Hoffen wir deshalb, daß sie der gerechten Strafe nicht entgehen, damit wenigstens sie in Zukunft von derartigen Roheitsakten Abstand nehmen.

Lüneburg. Ein brennendes Kind. Die neun Jahre alte Tochter des Arbeiters August Schmidt kam dem Herdfeuer zu nahe, wobei ihre Kleider in Brand zgerieten. Einer Feuerfäule gleich lief das unglückliche Kind ins Freie, wo sie sich Nachbarn daran machten, die Flammen zu ersticken. Dies gelang schließlich auch, doch hatte die Kleine schon mehrere Brandwunden am Oberkörper davongetragen und mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Selgoland. Ein Unglücksfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können, ereignete sich Freitag nachmittag beim Abkommenschießen eines 7,8-Zentimeter-Geschüzes an der Ostseite der Insel. Eine verirrte Kugel traf das die Scheibe schleppende Ruderboot und verletzte zwei Mann der Besatzung. Dem Matrosen Müller der 2. Kompanie der V. Matrosen-Artillerie-Abteilung wurde der linke Arm schwer verletzt, während dieselbe Kugel einem anderen Matrosen am Schenkel freistieß. Wenn die Schuld an diesem Unfall trifft, konnte noch nicht festgestellt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Das von mir in früheren Jahren nach Lübeck gelieferte **echte**

Zippendorfer Landbrot

wird heute nur allein in der Brotfabrik von

Th. Storm in Lübeck

hergestellt und verkauft.

Wer daher nach wie vor das **echte**

Zippendorfer Landbrot

wünscht, der fordere nur die mit dem Stempel:

Patentamtlich



geschützt

versehenen Fabrikate.

6298

A. Weiss, früher Zippendorf.

Zähne 1,80 M

Keine Extraberechnung der Platte.

Ich leiste jede Garantie für guten Sitz und Brauchbarkeit. Damit ein jeder die absolute Garantie hat, daß keine höheren Preise als 1.80 Mk. mit Kautschukplatte pro Zahn berechnet werden, habe ich mich entschlossen,

300 Mk. Belohnung

zu zahlen, dem, der mir nachweist, daß ich höhere Preise berechne.

Großer Umsatz!

Kleiner Nutzen!

Zahnziehen mit örtlicher Betäubung **1 Mk.** speziell für nervöse und ängstliche Personen.

Dankschreiben.

Habe mir von Herrn Haus 7 Zähne ziehen lassen. Es war vollständig schmerzlos, ich werde dieses Atelier jedermann nur sehr empfehlen. Fr. R.

Herr Haus hat mir völlig schmerzlos 2 Zähne gezogen, ich hatte große Angst, es war aber gänzlich schmerzlos. Auch das Plombieren hat mir sehr gefallen. Fr. M.

Preise:

Zähne mit echten Platinstäben, in geeigneten Fällen Diatorix	1.80
Zahn- oder Wurzelziehen kostenlos.	
Nervtötten pro Zahn	1.00
Zahn- oder Wurzelziehen mit örtlich. Betäubung	1.00
Goldklammern, 14kar. Gold	3.00
Plombe, Zement (Havard)	2.00
Silber-Amalgam-Plombe Ref.	2.50
Reparaturen	von 1.00 an
Ganzes Gebiß, 28 Zähne	50.00

Umarbeitung nicht sitzender Gebisse.
Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier.
Ueberzeugung macht wahr! 6269

Zahn-Praxis Ernst Haus

Lübeck, Mühlenstraße 1-3, I. Etage, Am Klingenberg. Telefon 1703.

Waisen-Hof Sonntag:
Gr. Tanzmusik
G. Gipp.

Restaurant „Waldhütte“,
Luisenstraße 49
gegenüber dem L.-B.-G.-Sportplatz.
Schöner Garten. .. Geschlossene Veranda. .. Klubzimmer.
3916 L. Wichmann.

Friedrichshof.
Jeden Sonntag (USA)
Tanzkränzchen.

Einsegel
Morgen Sonntag: (3352)
Tanzkränzchen
Carl Köpcke.

Wilhelm-Theater.
113) Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Weisser Engel
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
114) Bernh. Boldt.

Steinrader Baum.
Am Sonntag, den 24. d. Mts.
Gr. Erntekränzchen
sehr freundlich einladet
6155) A. Behnke.

Sozialdemokratische Frauen.
Ausflug nach Adlershorst
am Donnerstag, dem 28. August.
Treffpunkt: Alter Bahnhof 2 1/4 Uhr.
Abmarsch pünktlich 2 1/2 Uhr.

Friedrich-Franz-Halle.
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.
6296) Substation Krankenhaus.
Anfang 4 Uhr. L. Stamer.

Adlershorst. (100)
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.

zum Sommer-Vergnügen

bestehend in Konzert, Herren-, Damen- und Kinder-Vergnügen mit nachfolgendem BALL
am Sonntag, dem 24. August,
im Gewerkschaftshause, Johannisstraße 50/52.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.
NB. Herren-Preisschießen von 11-1 Uhr und 4-7 Uhr.

Schweinegilde St. Lorenz u. Umgegend.

Einladung z. Sommerfest

am Sonntag, dem 24. August 1913 (6280)
im Lokale des Herrn J. Rieck, Hansa-Halle.
Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende morgens.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Das Komitee.

Konzerthaus „Flora“.

Morgen Sonntag:
Grosses Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.
Max Siems.

Konzerthaus Fünfhausen
Morgen Sonntag: Großes Tanzkränzchen. (6288)

Achtung!
Kohlenarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Montag, 25. Aug. 1913
abends 8 1/2 Uhr.

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
6804 **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. D.

Gesang-Verein
Einigkeit
St. Gertrud.

Einladung zum
Sommer-Fest

verbunden mit
Preißschießen, Damen- und Kindervergnügen

am Sonntag, dem 24. August,
im Lokale des Herrn Busch
(Neulauerhof).

Konzert von 5-8 Uhr.
Von 8 Uhr an: **BALL.**
Karten im Vorverkauf 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Anfang des Schießens 11 Uhr vorm.
6185) **Das Komitee.**

Kainberg's
Variete & Kabarett
Lübeck, Beckergrube 44
Treffpunkt
aller
fröhlichen Menschen

6294

Konzerthaus
Zauberflöte.
Tägl. Konzert
Damen-Blas- und Streich-Kapelle
„Germania“.
6 Damen, 4 Herren.
Eintritt gänzlich frei!
Anfang 4 Uhr.
Geöffnet bis 3 Uhr nachts.
6303) Ludwig Kock.

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Sonntag, den 24. August:
Der größte Operettenschlager.

Puppchen
Geh'n wir mal zu Hagenbeck.
Kassenöffnung 3 Uhr.
Montag, den 25. August:
Abschiedsvorstellung unseres
Julius Heydecker für diese Saison.
Zum 14. Male:
Die entzückende Operette
Filmzauber.

Die frühere Poësie des Pferdeausspannens geht leider durch die modernen Erfindungen verloren, denn nach der Vorstellung steht ein Auto bereit, welches Heydecker nach Nürnberg fährt.
Dienstag, den 26. August:
Der lächelnde Knabe.
Mittwoch, den 27. August:
Benefiz für Helga Bally die gegenwärtig beste Lustspielnovität von Leo Lenz.
Wieselehen.
Donnerstag, den 28. August:
Standhafte Liebe
Verlustspiel von Kruse.
In Vorbereitung:
Gabriel Schillings Flucht.
6285) Anfang stets 8 1/4 Uhr.

Anträge an den Parteitag in Jena 1913.*

Tagesordnung des Parteitags.

13. 16. Säch. Wahlkreis, München I und II, Hannover II, Weimar, Breslau, Pforzheim: „Der Parteitag möge beschließen, die staatliche Arbeitslosenfürsorge auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.“

Halle a. S., Bochum, Krefeld: „Der Parteitag möge die Massenstreikfrage behandeln.“

Dennepp-Remscheid-Mettmann: „Auf die Tagesordnung des deutschen Parteitags ist zu setzen: „Der Landtagswahlkampf in Preußen, und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erringen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundgedanken entspricht?“

Köln a. Rh.: „Auf die Tagesordnung zu setzen: Die preussische Wahlrechtsfrage und der politische Massenstreik.“

Agitation.

Magdeburg: „Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und infolgedessen unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Zollpolitik geschuldete allgemeine Lenzung noch verschlimmert wird, angeht es ferner der empörenden Untätigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen diese die Arbeiterklasse bedrohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten.“

Rottbus-Spremburg: „Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten.“

Harburg: „Es soll eine Studienkommission eingesetzt werden, die sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitag zu unterbreiten.“

Königsberg i. Pr.: „Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgaben heranzuziehen.“

20. Säch. Wahlkreis: „Der Parteitag möge beschließen, mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtskurse einzustellen.“

Spandau: „In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten.“

Halle a. S.: „Der Jenaer Parteitag von 1913 bestätigt die Parteitagsschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.“

Er erwartet nebst der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation —

*) Nach der Wenderung des Organisationsstatuts durch den Chemnitzer Parteitag werden nur noch „Anträge von Parteioptionen“ veröffentlicht.

Der Parteivorstand.

alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreikaktion zielreicher und erfolgreicher zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats durchzuführen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Kassel-Messungen: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kassel-Messungen ist angesichts des völlig unbefriedigenden Ausfalls der letzten Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus mehr denn je der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erreichung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erstrebt werden muß.“

Als solche Mittel sind anzusehen: Stärkung unserer Organisation durch Ausbau, sowie Bildung unserer Mitglieder, Aufklärung der Massen durch Verbreitung von Flugblättern bei besonders wichtigen preussischen Anlässen, Veranstaltung von Demonstrationsversammlungen, Straßendemonstrationen, parlamentarischen Aktionen unserer Reichs- und Landtagsfraktionen, selbständig und in Verbindung mit den linksstehenden Parteien, stärkere Beteiligung an den zukünftigen Landtagswahlen, gleichviel, unter welchen Bedingungen diese stattfinden, Bildung eines besonderen preussischen Wahlrechtsfonds.

Die Generalversammlung ist der Meinung, daß alle diese Mittel erneut und viel systematischer als bisher zur Anwendung gebracht werden müssen. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß selbst die volle Erhöhung aller dieser Mittel nicht zur Erreichung des gleichen Preußenwahlrechts führt, erscheint es der Generalversammlung zeitgemäß, über die Anwendung schärferer Kampfmittel zu beraten.

Die Generalversammlung erwartet daher vom Parteitag, daß er beschließt: „Der Parteivorstand und die preussische Landeskommission haben gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu erwägen, ob der von den Parteitag Jena 1905, Mannheim 1906 in die proletarischen Kampfmittel aufgenommene politische Massenstreik bei der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden kann.“

Inzwischen ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, mit verdoppelter Energie für den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Organisation tätig zu sein, da die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks die denkbar beste politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats zur Voraussetzung hat.“

Hannau: „Die Kreisgeneralversammlung begrüßt die Stimmen im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erreichung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen.“

Die Versammlung hält eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den deutschen Parteitag wie die Organisationen für dringend geboten.“

Hannover: „Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstagsession die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbroschüren herauszugeben unter Berücksichtigung der Stellen unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.“

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Gesetzesvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt.“

Frankfurt a. M., Birges: „Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. bezug. die Kreisgeneralversammlung zu Birges, begrüßt die Stimmung im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erreichung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen

und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und Organisationen ist daher dringend geboten.“

Parlamentarisches.

Magdeburg, Breslau: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg (Breslau) erkennt an, daß die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Besteuerungen nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm steht, sondern den Beschlüssen der internationalen Kongresse und den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht.“

Kassel-Messungen: „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Kassel-Messungen erklärt:

Der Kampf gegen den kulturfeindlichen Militarismus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Beratung der unerhörten Rüstungsvorlagen in der schärfsten Weise geführt hat, darf nicht ruhen, sondern muß von allen Parteigenossen schärfer denn je geführt werden, denn die wahnsinnigen militärischen Rüstungen bedrohen immer mehr den Frieden der Völker, und der Militarismus enthüllt sich mehr denn je als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft zur Verhinderung der nach Freiheit und Kultur strebenden Arbeiterklasse.“

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, immer weitere Schichten der Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es allein dem riesenhaften Wachstum der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn die enormen Lasten der neuesten Rüstungsvorlage nicht wieder durch Steuern auf den Konsum der Massen gedeckt werden, sondern durch direkte Steuern, die im wesentlichen die Wohlhabenden und Reichen treffen.“

Durch erhöhte Werbetätigkeit müssen alle Parteigenossen dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den nächsten Wahlen noch viel stärker in den Reichstag wiederkehrt.“

Nur dann ist damit zu rechnen, daß der Ausbau der unter Mitarbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geschaffenen Besteuerungen zu dauernden durchgreifenden Reichseinkommens-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftsteuern erfolgt, die sobald als möglich anstelle der ärmeren Volksschichten in der schärfsten Weise befallenden indirekten Steuern treten müssen.“

Die Generalversammlung erkennt an, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zum Wehrbeitrag und zur Reichsvermögenssteuer, die die Besitzenden belasten, im Interesse des arbeitenden Volkes gehandelt und zur Stärkung des Vertrauens der Massen zur sozialdemokratischen Partei mit Erfolg beigetragen hat.“

Seitliche Landeskonferenz: „Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besteuerungsgeetzen.“

13. Säch. Wahlkreis: „Die Versammlung billigt aus programmatischen Gründen die Abstimmung der Reichstagsfraktion für die Steuervorlagen, die zur Deckung der Militärsvorlagen dienen, nicht; sie erwartet daher vom Parteitag eine dem Parteiprogramm entsprechende klare und entschiedene Anweisung für die Stellung der Reichstagsfraktion bei künftigen Steuervorlagen.“

Breslau: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unverzüglich die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen gegen die kapitalistischen Manipulationen zu ergreifen, die Heilmittel (wie neuerdings Mesothorium) für Volkskrankheiten erheblich verteuern.“

Breslau: „Die preussische Landtagsfraktion möchte darauf hinwirken, daß die Austritte aus der Landeskirche kostenfrei sind.“

Halle a. S.: „Der Parteitag zu Jena bedauert die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem einmaligen Wehrbeitrag sowie zu dem Vermögenszuwachssteuergezet als einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz, als einen schweren politischen Mißgriff. Er erwartet unbedingt, daß die Anwendung einer besseren Taktik in Zukunft die Fraktion vor ähnlichen Entgleisungen bewahren wird.“

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Dann wurde ihm freier und leichter. Er atmete tief auf, und als der Aufseher eintrat, meldete er ihm in gleichgültigem Tone, daß er soeben ein Stück Tuch zerissen habe.

„Aus Versehen?“ fragte der Aufseher.

„Nein, absichtlich!“ sagte Karl Haltmann ganz ruhig und legte das zerrissene Tuch in die Hand des Beamten. Der aber stand ganz starr. Solch ein offenes Geständnis war ihm noch nie vorgekommen. Daß manche Gefangene absichtlich etwas zerstörten, daran hatte er keinen Zweifel; aber sie behaupteten wenigstens in solchen Fällen, daß es aus Versehen geschehen sei und hatten dann keine oder doch nur eine geringe Strafe zu gewärtigen. Nun aber war hier einer, der sagte ganz offen, er habe absichtlich etwas zerstört! Solch ein dummer Kerl war ihm noch nie vorgekommen. Na, der konnte sich ja freuen, was ihm passierte.

Am andern Tage wanderte Karl Haltmann vierzehn Tage in strengen Arrest.

Die Zeit sollte ihm; aus den Monaten, die ihm noch bevorstanden, wurden Wochen, aus den Wochen Tage. Da — etwa sechs Wochen vor seiner Entlassung — traf ihn ein schwerer Schlag. Er hatte einen Brief an den Justizrat Edel geschrieben mit der flehentlichen Bitte, ihm für den Tag seiner Entlassung eine Stellung zu verschaffen, und wäre es die allergeringste. „Ich will“, so hatte er geschrieben, „arbeiten vom Morgen bis zum Abend, mit Kopf und Händen, und wer mich nimmt, der soll bald erfahren, daß es nicht zu meinem Nachteil gewesen ist. Was von jugendlichem Reichtum und Pflanzlichkeit in mir war, das ist in strenger Selbstsucht verloren gegangen, und wenn es nur einer mit mir versuchte — ich will und werde wahrhaftig den Platz ausfüllen, auf den man mich stellt.“

Wenige Tage danach war schon der Brief zurückgekommen, und hinten darauf stand der kurze Vermerk des Postboten: „Adressat verstorben.“

So stand denn Karl Haltmann wieder ganz allein. Der einzige Mensch, der ihm trotz seines Falles Interesse und ein warmes Herz bewahrt hatte, war nicht mehr unter den Lebenden. — Wer nahm sich nun seiner an?

Er sprach mit dem Anstaltsgeistlichen. Der aber zuckte nur mit den Achseln und meinte: in einem Falle, wie dem feigenen, sei alles verloren; ein Mensch, dessen Pflichterfüllung fremden Eigentums noch kürzlich durch das böswillige Zerreißen eines Stückes Tuch so eklatant zutage ge-

treten sei, der sich durch sein fedes Eingeständnis der verwerflichen Tat ihrer gewissermaßen noch gerühmt habe, der könne eben auch nicht allzuviel von den Mitmenschen hoffen. Er möge sich nur, sobald er entlassen, an den Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene in der Stadt wenden, wohin er von hieraus seine Schritte lenke; mehr könne er ihm nicht raten, und auch diesen Rat gebe er ihm nur bekommen, denn einen neuen Grund, wie ihn die Kirche und das Evangelium lehrten, habe Karl Haltmann wohl auch nicht gelegt, wie sein Fernbleiben vom Abendmahl deutlich anzeige. Aber immerhin, mit gutem Willen und gesunden Kräften läme man ja durch die Welt, und die Gnade Gottes, welche höher ist als aller Menschen Vernunft, würde sich auch seiner annehmen. — So hatte der Geistliche geredet.

Karl Haltmann hatte ihm schweigend zugehört, und als der Pfarrer aus der Zelle herausgegangen war, hatte der Gefangene die Hand aufs Herz gepreßt und vor sich hin gesprochen: „Jawohl, der Geistliche hat recht! Es wird schon gehen. Der gute Wille ist da, und gesunde Kräfte auch — so unendlich schwierig wird der Weg ja nicht sein. Es wird schon gehen!“

So waren denn schließlich auch die letzten zwölf Tage vergangen, und am Morgen des vorletzten wurde Karl Haltmann dem Direktor zum Abschied vorgeführt. Der hielt ihm eine Rede, las ihm nochmals teilweise das Gerichtsurteil vor, ermahnte ihn, auf dem Wege des Rechtes und des Gesetzes zu wandeln, und schloß dann: „Wenn wir Sie wieder hierher bekommen, so werden wir ein ernsthaftes Wörtchen miteinander reden! Und nun, Gott befohlen!“

Haltmann war sicher, daß er nicht wiedertreten würde, und das ernsthafteste Wörtchen zu reden, würde der Direktor nicht nötig haben. Er wollte Kopf und Hände brauchen, um sich von der Schande einer Wiederkehr sicherzustellen. Das gelobte er sich in der Stille der letzten Nacht in seiner Zelle.

Der andere Morgen sah ihn als freien Mann! Zum Bahnhof hatte ihn noch ein Aufseher begleitet, ihm das Billett nach seinem vorläufigen Ziele, der Residenz, gelöst, und dann war Karl Haltmann, in der linken Hand ein kleines Köfferchen mit Wäsche und Kleidungsstücken, in den Zug eingestiegen, der ihn davonführen sollte. „Land, Land!“ schrie eine Stimme in ihm, und er meinte am Steuer seines Schiffes die Göttin des Glückes sehen zu sehen, ohne die noch kein Gestrandeter seinen Fuß an fremde Gestade gesetzt hat.

Nein, ganz klein anzufangen — so hatte er es sich vorgenommen. Entbehrungen ertragen, hungern, dürsten, jede Arbeit, ganz gleich welcher Art, ohne Jaubern annehmen, bis

es besser würde; dazu war er bereit; und er fühlte die Kraft in sich, alle Widerwärtigkeiten zu überwinden.

Kost und Wohnung — das war die nächste Sorge. Er ging in die „Herberge zur Heimat“, sprach mit dem Hausvater und erhielt für ein geringes Wohnungsgeld ein Bett und Verpflegung. Dann ging er gekosteten Mutes zum Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene. Man wies ihn an den Vorsitzenden, Rentier Bracher. Der empfing ihn mit der Frage: „Was wünschen Sie?“

Ganz leicht wurde Karl Haltmann die Antwort nicht, als er nun diesem ganz fremden Manne seine Vergangenheit, seinen tiefen Fall entdecken sollte. Und um so schwerer wurde es ihm, als er von einem Paar kalten, grauen Augen, in denen er keine Seele fand, sich forschend beobachtet sah.

„Ich bin ein entlassener Gefangener“, sagte er, und nur schwer und widerstrebend kamen ihm die Worte von den Lippen, „und möchte um irgend eine Beschäftigung bitten!“

Die kalten grauen Augen huschten über ihn hin.

„Wie alt?“

„Bierundzwanzig Jahre.“

„Welche Bildung haben Sie?“

„Ich habe auf einem Gymnasium die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst erworben!“

„So jung und mit solcher Bildung — und schon bestraft? Beschäftigung haben Sie gefressen?“

In kurzen, abgerissenen Sätzen schilderte Karl Haltmann sein Leben und seinen tiefen Fall.

„Sehr bedenklich! Sie werden doch aber durch eine gute Führung in der Strafanstalt Ihre Reue betätigt haben — ihm war es, als hörte er mit wichtigen Schritten das Verhängnis heranschreiten. Herr Bracher las. Keine Miene verzog sich in dem kühlen Gesicht, als er wieder aufblähte.

„Um — Faulheit, böswillige Zerstörung fremden Eigentums — das steht da drin! Und Sie meinen, da müßten wir nun so ohne weiteres bereit sein, einem derartig beleumdeten Menschen Beschäftigung zu verschaffen?“

„Es ist nicht alles so, wie es da drin steht!“ entgegnete Haltmann bescheiden.

„Na, hören Sie mal, für so naiv brauchen Sie mich nicht zu halten, daß ich nicht zwischen Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit und einer königlichen Behörde zu unterscheiden wüßte. Auf welche persönlichen Eigenschaften wollen Sie denn nun Ihr Gesuch um Beschäftigung stützen?“

„Auf gar keine persönlichen Eigenschaften — nicht auf gute und nicht auf schlechte. Ich wende mich an die Hilfe eines Vereins, von dem man mir gesagt hat, daß er dazu da sei, den Gefallenen aufzurichten und ihm einen neuen Weg ins Leben zu bahnen!“

Hamburg I: „Die Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises sehen in dem Fehlen unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten Antrag betreffs Einführung des Proportionalwahlrechts eine schwere Schädigung des parlamentarischen Ansehens der Partei.“

Es bleibt den Parteigenossen unverständlich, daß auch bei der notwendig gewordenen zweiten Abstimmung die Genossen in der Fraktion abermals ihre Pflicht nicht erfüllten. Die Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises verlangen vom Parteitag, daß derselbe die fehlenden Abgeordneten zur Rechenschaft zieht.“

Hamburg II: „In Anbetracht der Beschlussfähigkeit des Reichstages und der darauf erfolgten Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstage verurteilt der Parteitag auf das Entschiedenste die Nachlässigkeit derjenigen Abgeordneten, die aus nicht erklärlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind.“

Gleichzeitig spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß in Zukunft bei allen prinzipiellen Abstimmungen im Reichstage die Fraktion möglichst in ihrer vollen Stärke vertreten sein muß, um dadurch den Interessen ihrer Mandatgeber mehr Rechnung zu tragen.“

Schwarzburg-Sondershausen: „Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, möglichst vollständig anwesend zu sein.“

Schwarzburg-Rudolstadt: „Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Schwarzburg-Rudolstadt: Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstages, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollständig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie geschähen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt.“

Hamburg III: „Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstage einen Antrag auf Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Berwerbsrechts einzubringen. Gleichzeitig ist im ganzen Werke eine lebhaft und intensive Propaganda für diese Programmforderung einzuleiten.“

Nürnberg-Altendorf: „Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, bei Beginn der nächsten Session erneut den Antrag auf Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung zu stellen und mit allem Nachdruck für die Durchführung derselben einzutreten.“

Eisen: „Der deutsche Parteitag möge beschließen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragt wird, einen Antrag auf Aufhebung der Zwangsimpfung im Reichstage einzubringen.“

München I und II: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Laufe der nächsten Reichstagsession einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes einzubringen.“

Es wolle beantragt werden, daß jede Erwerbstätigkeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob diese eigene oder fremde Kinder sind, verboten ist. Es soll unberücksichtigt bleiben, ob die Beschäftigung der Kinder im Gewerbe, in der Heimindustrie oder im Botendienst erfolgt.

Das verbesserte, eventuell das bestehende Gesetz wird auf die in der Land- und Forstwirtschaft, sowie die im Boten- und Gefändendienst beschäftigten Kinder ausgedehnt.“

Colmar i. Elz.: „Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer systematischen und direkten Verständigungs-Aktion der europäischen Parlamente erblickt.“

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen zur Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Esch-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.“

Organisation.

Hamm i. W.: „Der Parteitag möge beschließen: Es ist unzulässig, daß in einer zusammenhängenden kleinen Stadt mit weniger als 600 Mitgliedern zwei Filialen bestehen. Wo in solchen Fällen zwei Filialen bestehen, sind diese zu verschmelzen. Ob eine Teilung irgend einer Filiale erforderlich ist, entscheidet unter Hinzuziehung des Kreisvorstandes die Filialversammlung.“

„Ka ja, daß können Sie ganz gut! Wenn ich Ihnen nun aber sage, wenn wir nur den Müdigkeiten helfen, denen, die uns durch den Strafanstaltsdirektor oder durch den Anstaltsgeistlichen besonders empfohlen sind. Was dann?“

Karl Haltmann zuckte zusammen, aber er blieb ruhig.

„So würde ich dennoch bitten, einen Versuch mit mir zu wagen — vielleicht, daß ich mir das fehlende Vertrauen doch noch in ernster Arbeit erwerbe.“

„Das sagen Sie alle, und wenn man ihnen dann für drei Mark Briefmarken anvertraut, so rücken Sie damit aus.“

Als ob ein Peitschenhieb Karl Haltmann getroffen habe, so fuhr er zusammen.

„Sie tun mir unrecht!“ rammelte er.

„Des weiß ich nicht! Ich will Ihnen etwas sagen — hier haben Sie drei Mark — mehr können wir für Leute von Ihrer Qualifikation nicht tun!“

Jetzt hob Haltmann stolz das Haupt. Scharf und abweisend klangen seine Worte:

„Sie übersehen, daß ich nicht um ein Almosen zu Ihnen kam, Herr Bräuer, sondern mit der Bitte um ehrliche Arbeit!“

„So, so! Also das ist der Dank für meine Bereitwilligkeit, Ihnen wenigstens in etwas zu helfen, obwohl Sie eigentlich gar nichts verdienen? Ich sage es ja immer — man macht täglich neue Erfahrungen — also auch noch hochmütig sind wir — ja — ja — ja.“

In ruhiger, würdiger Haltung war Haltmann zur Tür getreten. Nicht hochmütig! Darin irren Sie! Aber von jenem Stöße befreit, der sich ehrlich und ohne Almosen durch ein schweres Leben zu tragen bereit ist! Leben Sie wohl!“

Herr Bräuer aber beharrte sich in seinem Stachel und brummte vor sich hin:

„Ka, das gibt einen ganz interessanten Vortrag für die nächste Vereinsversammlung! Es ist doch wunderbar: als Korrespondent eines Beschäftigtenvereins muß man sich von diesen verwerflichen Subjekten noch Hochzeiten legen lassen! Die Welt muß untergehen, es heißt Freiheit!“

Die Welt aber sah diese Notwendigkeit nicht ein und ging nicht weiter.

Es quillte und löste in Karl Haltmann, als er wieder auf der Straße war. Was hatte er nun davon gehabt, daß er sich an diesen Verein gewandt? Nichts als eine neue Demütigung und das niederdrückende Gefühl, keine Vergütung für das, was er sich einem widerwärtigen Menschen erkaufen zu haben. Das sah an seiner Seite wie der Kopf an

Wenthen O.S., Bozen: „Der diesjährige Parteitag in Zena wolle beschließen: Der vom Parteitag in Mannheim (1906) gutgeheißene Einigungsvertrag mit der D. P. S. wird aufgehoben. Sonder-Organisationen innerhalb der Partei sind unzulässig. In sogenannten gemischtpragmigen Gegenden ist die Agitation nach dem Sprachbedürfnis einzurichten und diesem möglichst Rechnung zu tragen.“

Eberfeld-Barmen: „Abänderungsantrag zum § 27 Absatz 2 des Statuts: „Unterläßt es der Angeeschuldigte usw.“ zu setzen: ... „Unterläßt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so ernannt der Parteivorstand für diese Partei die Beisitzer.“

Köln a. Rh.: „An den § 27 des Organisationsstatuts ist hinter Absatz 4, „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen“, anzufügen: „In diesem Falle muß das Schiedsgericht gegen alle Angeeschuldigten verhandeln, wenn einer der Angeeschuldigten Beisitzer ernannt.“

Breslau: „Der Parteitag möge den Beschluß des Nürnberger Parteitages (betreffend Sonderorganisation, Lokalverein) aufheben.“

Kiel-Ost: „Der Parteitag möge beschließen: Die Wahlen zum deutschen Parteitag werden in Urwahlen, die in bestimmten Stunden an einem Sonntage stattzufinden haben, vorgenommen.“

Breslau-Land-Neumarkt: „Der Parteivorstand übernimmt die Kosten des Wahlkreises, die für die Beschickung des deutschen Parteitages durch einen Delegierten entstehen. Zur Beschickung sind nur diejenigen Wahlkreise berechtigt, die mehr als 100 Mitglieder haben.“

Presse und Literatur.

Frankfurt a. M.: „Der Parteitag möge durch Annahme einer Resolution dahin wirken, daß in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern die Fremdwörter auf das Mindestmaß beschränkt werden.“

Müder: „Der Parteivorstand wird ersucht, dem neu herauszugehenden Familienblatte eine Nebenbeilage anzugliedern.“

13. Sächs. Wahlkreis: „Um den Jugendausschüssen, Jugendbeiräten und Jugendhelfern eine ständige Belehrung über ihre Aufgaben zuteil werden zu lassen und um Erfahrungen zu sammeln und einen Meinungsaustausch zu schaffen, ist es nötig, eine besondere Zeitung zu gründen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend wird mit der baldigen Lösung dieser Aufgabe betraut.“

12. Sächs. Wahlkreis: „Um den in der proletarischen Jugendbewegung tätigen Parteigenossen und Genossinnen ihre bildende und erzieherische Tätigkeit zu erleichtern, ist ein pädagogisches Zentralblatt für Jugendbeiräte und Jugendhelfer zu schaffen.“

Kiel-West: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Frage des bringenden notwendigen Ausbaues der „Neuen Zeit“ einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.“

Magdeburg: „Der Parteitag möge darauf hinwirken, daß sogenannte Schwindel-Inserate in den Inseratenteilen des „Wahren Jakob“ nicht mehr aufgenommen werden.“

Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: „Der Parteitag möge beschließen, daß, wie früher, die Kinderbeilage der „Gleichheit“ eingebunden und zu einem mäßigen Preise in den Handel gebracht werde.“

Maifeier.

Hamburg III: „1. Der Parteitag wolle beschließen: Alle Genossen und Genossinnen, die am 1. Mai ohne Lohnausfall feiern, haben den Tagelohn abzuführen.“

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Antrag 90 vom Nürnberger Parteitag in seiner alten Fassung wieder aufgenommen wird: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.“

14. hannoverscher Wahlkreis: „Alle Parteigenossen, die den 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, sind verpflichtet, einen Beitrag in der Höhe des Lohnes oder Gehalts für den Tag an den Maifeierfonds abzuführen, im Weigerungsfalle ist ein Ausschlußverfahren einzuleiten.“

4. Sächs. Wahlkreis: „Der Parteitag möge beschließen: Alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die am 1. Mai feiern, ohne einen Lohnausfall zu erleiden, sind verpflichtet, einen Tagesverdienst für die Maiausgesparten abzuliefern.“

Breslau-Land-Neumarkt: „Alle in der Partei, der Arbeiterpresse, den zentralen Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen und Genossenschaften und in den von Arbeitern gebildeten Sportverbänden angestellten Mitglieder unserer Partei sind verpflichtet, den dreihundertsten Teil ihres Jahresverdienstes an den zuständigen Fonds ihres Bezirks abzuliefern. Dieser Fond darf nur für Maßregelungsunterstützung für die wegen Maifeier entlassenen Mitglieder verwendet werden.“

Eisen. Wenn das so weiter ging, so mußte schließlich alle Selbstachtung aus einem Menschen herausgetrieben, und er mußte heruntergedrückt werden zu einem Individuum ohne Farbe, ohne Charakter. Er erkannte sich einer Strophe Goethes, die er in der Strafanstalt wiederholt gelesen, deren Sinn ihm aber nie so recht klar geworden war:

Volk und Knecht und Ueberwinder,
Sie gestehn zu gleicher Zeit:
Höchstes Glück der Erdenkinder
Ist doch die Persönlichkeit!

Und jetzt meinte er den Schlüssel zum Verständnis dieser Worte gefunden zu haben. — Die Persönlichkeit — das war das Beste, das Urzeitige, was ein Mensch besitzen konnte — es war bei ihm der Stolz, sich mit ehrlicher Arbeit durchs Leben zu schlagen. Und das wollte er sich nicht antauchen lassen, denn er fühlte klar, daß das einem sittlichen Selbstmord gleichkäme. Untergehen im Verbrechen oder sich stillschweigend den Menschen entwürdigend lassen — beides kam ihm auf eins heraus, und das letztere wollte ihm, weil von vollendeter Charakterlosigkeit zeugend, fast noch erbärmlicher erscheinen.

Flüchtig wand Karl Haltmann in seiner Straßenwanderung still. — Vor ihm lag ein großes, mächtiges Gebäude. Zahlreiche Menschen strömten hinein und heraus. Es war das Geschäftshaus der gelesesten Zeitung der Residenz, die in ihrem Inseratenteil sich besonders durch einen reichhaltigen Arbeitsmarkt auszeichnete. Er trat hinein und an einen der dort angebrachten Schreibpulte, wo er folgende Annonce niederlas: „Ein junger Mann mit Gymnasialbildung, zu jeder Arbeit fähig und bereit, tritt in schwerer Notlage um irgendeine Beschäftigung. Zuschriften unter X. V. 3. 1000 an die Exp. d. Bl. erbeten.“

Er bezog die Gebühr und erhielt eine Legitimationskarte für etwa eingehende Angebote. Eine stille Freude war wieder über ihn gekommen. Unter den vielen tausend Menschen in der Weltstadt würde doch einer, ein einziger sein, der ihm eine Arbeit und damit einen Halt im Leben verschaffe! Ganz gewiß, der eine werde sich finden — kein Zweifel!

Und frohen Mutes schaute er auf zum Himmel, an dem die Ostersonne in leuchtender Pracht stand. Wie flutete jetzt im stillen Glanze das Leben um ihn, nach dem er sich noch vor wenigen Tagen so quälend gefühlt hatte. Was machte in dieser lauten, verheißungsvollen Welt die erste bittere Enttäuschung, die ihn getroffen? Eine kleine Weile war sie, die bangen Gedanken, harrlos, ohne auch nur eine innere

Schwarzburg-Sondershausen: „Die Angestellten der Parteioorganisation und die Gewerkschaftsangehörigen, soweit dieselben Parteigenossen sind, sind verpflichtet, den Tagesverdienst vom 1. Mai abzuliefern.“

Hannau: „Angelehnte der Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Maifeier bringen, beschließt der Parteitag: Alle Parteigenossen und Genossinnen, die in Vertrauensstellen der einzelnen Zweige der modernen Arbeiterbewegung angestellt sind, haben ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abzuliefern.“

Ferner wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß alle übrigen Parteimitglieder, die in Betrieben der modernen Arbeiterbewegung beschäftigt sind und am 1. Mai unter Fortzahlung ihres Lohnes feiern, ebenfalls den Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abführen.“

Eberfeld-Barmen: „Alle Parteigenossen, denen es möglich ist, am 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und keinen Lohnausfall erleiden, haben den Tagesverdienst an den Maifeierfonds abzuliefern.“

Hamburg II: „Alle in der sozialdemokratischen Partei organisierten Personen, welche in dieser, in den freien Gewerkschaften, in Konsum- oder Produktions-Genossenschaften und sonstigen freien Betrieben gegen Lohn oder Gehalt in Stellung sind, haben zum Maifeierfonds einen Tageslohn bzw. einen diesem gleichkommenden Betrag abzuführen. Den vorbezeichneten Genossen gleich geachtet sind diejenigen Genossen, die ständig oder vorwiegend für genannte Institute gegen Gehalt oder Entschädigung tätig sind, ohne bei diesen in fester Stellung zu stehen.“

Sachsen-Holstein: „Der Parteitag wolle beschließen: Als Konsequenz der Arbeitsruhe am 1. Mai betrachte es der Parteitag als die Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, die den 1. Mai ohne Lohnentbasse feiern, ihren Tagesverdienst an den zuständigen Bezirksmaifeierfonds abzuführen. Die Ausführung des Tageslohns kann solchen Parteigenossen, die sich in nachweislich bedrängter Lage befinden, auf Antrag erlassen werden.“

Magdeburg: „Der Parteitag möge beschließen, daß künftig am 1. Mai für Reserve Entschädigung nicht mehr gezahlt wird. Fahrgeld ist zurückzuerstatten.“

Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: „Der Parteitag möge dafür eintreten, daß auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongress die Maifeier einheitlich auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werde.“

Sonstige Anträge:

Hamm i. W.: „Der Parteitag soll zum neuen Wertetarif Stellung nehmen, weil durch denselben die Krankentafeln und die Arbeiterschaft stark belastet werden. Es soll in Zukunft mehr wie bisher darauf hingearbeitet werden, daß die Ärzte und die Medikamente, welche immer teurer werden, von Reich, Staat und Kommune bezahlt werden.“

Ortsgruppe Nieder- und Ober-Hermerisdorf (16. Sächs. Wahlkreis): „Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Geschäftsführern der Parteidruckereien einerseits, sowie mit dem Personal andererseits die Gründung eines Hilfsfonds in die Wege zu leiten, um für die in Parteidruckereien beschäftigten technischen sowie Hilfs-personen eine Invaliden- und Arbeiterpensionsberechtigung sowie für deren Witwen und Waisen eine Hinterbliebenen-Unterstützung einzuführen.“

Weimar: „Der Parteitag betont aufs neue die Notwendigkeit, der Organisierung und geistigen, sittlichen und körperlichen Ausbildung der proletarischen Jugend alle nur denkbare Förderung angedeihen zu lassen.“

Parteitag 1914.

Hamburg I: „Der Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Hamburg abzuhalten.“

Halle a. S.: „Der Parteitag möge beschließen, daß im Jahre 1914 der Parteitag in Halle stattfindet.“

Hamburg I: „Der Parteitag möge im Jahre 1914 das Thema „Staat und Kirche“ auf die Tagesordnung setzen.“

3. Pfälz. Kr.: „Der Parteitag möge beschließen, daß der deutsche Parteitag nicht alljährlich, sondern nur alle zwei Jahre stattzufinden hat.“

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den Kreis Solingen beschäftigte sich am vergangenen Sonntag in einer außerordentlichen Generalversammlung mit der Stellungnahme zum deutschen Parteitage. Nach einem Vortrage des Genossen Otho Wülfel wurde nach einer recht ausgiebigen Diskussion wurde eine Resolution mit Zweidrittelmehrheit bei 350 Anwesenden angenommen, welche die Galztheit der Reichstagsfraktion in der Deckungsfrage mäßig billigt. Weiter wurde eine Untersuchungskommission ein-

berufung in ihm zu hinterlassen, und um ihn blieb nur der klare, tiefe Strom des Lebens und der Welt! Warum verzagen?

Nein, noch war kein Grund, zu klagen, und vor sich hin summe er, wie eine Ouvertüre der Zukunft, eine frohliche Strophe, die von Hoffen und Erfüllung sprach.

Und heiteren Mutes zog Karl Haltmann seines Weges.

Am Morgen und am Abend, wenn die Zeitung erschien, suchte er nach seinem Inserat; am andern Tage schon stand es im Blatt. Und richtig, als er nach weiteren zwei Tagen in der Expedition nach eingegangenen Offerten vorzagte, erhielt er drei Briefe. Hastig brach er sie auf und las. Der erste war von einem Maurermeister, der jemand zur Besorgung seiner schriftlichen Arbeiten suchte; der zweite war von dem Inhaber eines Lotteriebureaus, der jemand für schriftliche Arbeiten und für Besorgungen in der Stadt nötig hatte; und der dritte war von einem Ingenieur, der einen technischen Hilfsarbeiter brauchte.

Die letztere Offerte schied für ihn sofort aus, denn irgendwelche Kenntnisse vom Ingenieurwesen besaß er nicht. Es blieben also nur noch der Maurermeister und der Lotteriekollekteur.

Zu letzterem ging er zuerst, weil er in der Nähe wohnte. Man wies ihn in ein kleines Zimmer, in dem zwischen ganzen Stößen von Briefen und sonstigen Papieren der Chef, Herr Marcus Hausinger, in schweigender Einsamkeit thronte.

Mit forschenden Augen bläute er durch eine scharfe Brille nach dem jungen Manne, der bescheiden an der Tür stehen geblieben war.

„So, so, Sie haben Beschäftigung gesucht? Ich könnte schon einen finden, ansehnlichen jungen Mann brauchen — was sind Sie denn von Beruf?“

„Ich war bei einem Rechtsanwalt tätig!“

„Bei einem Rechtsanwalt? Nun sagen Sie mal, was können Sie denn? Können Sie einen Geschäftsbrief schreiben?“

„Gewiß!“

„Können Sie Prospekte für irgendeine Lotterie verfassen? Wissen Sie, so, daß den Leuten, wenn sie's lesen, das Wasser im Munde zusammenläuft und ich meine Lose binnen drei Tagen alle los bin? Sagen Sie, können Sie das?“

Haltmann zuckte lächelnd die Achseln.

„Bestimmt weiß ich das nicht! Aber ich denke, so was wird man lernen können!“

(Fortsetzung folgt.)

fest, die bei nächster Kreisgeneralversammlung Bericht über die von einigen Führern der hiesigen Lokalfisten seit Jahren gegen die Partei betriebene Hege erstatten soll. Die Versammlung vertrat fast einstimmig den Standpunkt, daß gegen die Personen, die sich immer und immer wieder in der größten Weise gegen die Partei vergehen, das Ausschlußverfahren eingeleitet werden müsse.

Die Kronzeugen im Waldenburger Meineidsprozeß.
In Sachen des Waldenburger Meineidsprozesses hat jetzt die Redaktion unseres dortigen Parteiorganes den Staatsanwalt direkt in Bewegung gesetzt. Bekanntlich hat die „Schlesische Bergmacht“ dreimal hintereinander dem konservativen Chefredakteur Lippold die Fragen vorgelegt, ob er dem Denunzianten Köhler lange vor seiner Anstellung im konservativen Zeitungsbetrieb 75 Mk. gegeben habe. Weiter lauteten die Fragen dahin, ob dieser Geldbetrag auf Voranschuss getilgt war und bis zur Zeit des Prozesses noch nicht verbucht war, und ob sich die Verhandlungen zwischen Köhler und Lippold ganz ohne Zeugen abgepielt hätten. Bis jetzt hat Lippold nur mit einigen ganz lächerlichen Verlegenheitswendungen auf diese Fragen geantwortet, sich aber streng gehütet, ja oder nein zu sagen. Da auch der Staatsanwalt bisher nichts unternommen hat, hat die Redaktion der „Schlesischen Bergmacht“ jetzt dem Staatsanwalt Blümel in Waldenburg, demselben, der die Anklage gegen die drei des Meineides angeklagten Genossen vertreten hat, folgenden Brief geschrieben, der auch zugleich in der „Schles. Bergmacht“ veröffentlicht wird:

An den Herrn Staatsanwalt Blümel, in Waldenburg.
Die ergebenst unterzeichnete Redaktion gestattet sich hiermit, Ihnen folgendes mit dem Ersuchen um Prüfung und nähere Untersuchung zu unterbreiten:
Der Schriftföhrer Alfred Köhler befandete in dem Meineidsprozeß gegen Hoffmann und Genossen auf eine Frage des Vorsitzenden und der Verteidigung unter seinem Eide, daß er von keiner Seite, auch von Herrn Lippold nicht, vor der Anstellung im „Neuen Tageblatt“ Geld oder ähnliches erhalten habe. Von Herrn Lippold wurde diese Aussage Köhlers durch Stillschweigen bestätigt. Ferner befandete Köhler, daß er mit Herrn Lippold stets allein verhandelt habe, und auch hier bestätigte dies Herr Lippold durch sein Stillschweigen.

Der Unterzeichneten sind nun von mehreren, durchaus ernst zu nehmenden Leuten Mitteilungen gemacht worden, wonach diese eidlichen Aussagen Köhlers, die Herr Lippold durch sein Stillschweigen zu den seinigen machte, unwahr sind. Nach diesen Mitteilungen soll Köhler bereits im Dezember, also zu einer Zeit, wo an die Anstellung Köhlers noch nicht gedacht wurde, 75 Mk. von Herrn Lippold erhalten haben. Auch soll Herr Lippold, als er die Unterredung mit Köhler hatte, bei der er letzteren zu bestimmen mußte, die Meineidsanzeige gegen Hoffmann zu erstatten, einen seiner Beamten beauftragt haben, hinter der Tür der Unterredung beizumohnen. Falls auch diese Mitteilung der Wahrheit entspricht, so hat auch hier Herr Lippold etwas unter seinem Eide verschwiegen, was er nicht verschweigen durfte.

Im Interesse der Wahrheit, des Rechts und der Gerechtigkeit, die Sie zu suchen, Herr Staatsanwalt, als Ihre vornehmste und einzigste Aufgabe mit Recht im Gerichtssaale bezeichneten, ersuchen wir um nähere Untersuchung der Angelegenheit.

Wir sind auf Wunsch gern bereit, unsere, für diese Angelegenheit in Frage kommenden Gewährsmänner zu nennen.
Sammellisten. Der Parteivorstand schreibt uns: „Ein Hilfsverein für politische Gefangene in Rußland versendet aus der Schweiz Zirkulare, in denen zur Unterstützung russischer politischer Gefangener aufgefordert wird, an deutsche Parteigenossen. Solche Zirkulare und dazu gehörige Sammellisten wurden u. a. auch in Berliner Fabriken in Umlauf gesetzt. Über die Tätigkeit des betreffenden Vereins ist uns nichts Näheres bekannt. Die deutschen Parteigenossen werden aber ganz allgemein gebeten, Sammelungen, die nicht unter Kontrolle der deutschen Sozialdemokratischen Partei stattfinden, keine Beachtung zu schenken.“

Gewerkschaftsbewegung.

Schwarze Listen gegen streikende Holzarbeiter. Bei der Firma Klubscheidt in Lohmar (S.-Meiningen) streifen seit zwei Wochen die Holzarbeiter, weil die Firma verschiedene bisher gezahlte Akkordpreise ganz erheblich reduzieren wollte. Um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen zu machen, versendet die Firma folgende schwarze Liste: „Wegen Ablehnung unbilliger, ja geradezu unerschämter Forderungen kündigten bei mir 26 Tischler, um in den Streik zu treten. Ich bitte Sie deshalb, mich insofern zu unterstützen, daß Sie keinen der in der beigefügten Liste angeführten Arbeiter einstellen. Es ist mir diese Unterstützung bereits von allen Berufskollegen in Koburg, Schleusingen, Hildburghausen ufm. zugesagt.“ Die Firma begnügt sich also nicht nur damit, den Arbeitern einen geringeren Lohn als bisher anzubieten und die Sachlage zu entstellen, indem sie Forderungen der Arbeiter als Streikursache angibt, sondern sie will den Arbeitern auch noch durch Berufserklärungen an den übrigen Orten jede Arbeitsmöglichkeit nehmen.

Metallarbeiterstreik in Hohenlimburg. Bei der Firma Vereinigte Walz- und Röhrenwerke (A.-G.) Friedrich Böker, Philipp Sohn und Friedrich König in Hohenlimburg in Westfalen sind den Kaltwalzern erhebliche Abzüge auf verschiedene Sorten Bandstahl gemacht worden. Als sich die Arbeiter weigerten, für diese reduzierten Preise zu arbeiten, wurde ihnen gesagt, dann könnten sie gehen. Daraufhin haben sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit verlassen. Vom Metallarbeiterverband wurde versucht, die Differenz beizulegen, die Firma war jedoch dafür nicht zu haben. Jetzt hat sie durch Vermittlung eines Streitschlichteragenten vor einigen Tagen 65 Hingegardisten bekommen, die unter Aufsührung der Agenten ihren Einzug in die Stadt hielten. Das gab unter der Bürgererschaft schon eine gewaltige Aufregung. Als diese Herausgeber im Fabrikbetriebe eintrafen, lebten es auch die Arbeiter der übrigen Abteilungen ab, mit ihnen zusammen zu arbeiten; sie verließen den Betrieb. Auf noch nicht ermittelte Weise wurden die Fensterscheiben des Fabrikintors demoliert. Es wird sicher versucht werden, dies den streikenden Arbeitern in die Schuhe zu schieben. Deshalb sei jetzt hier schon festgestellt, daß die streikenden Arbeiter an dieser Überschreitung nicht beteiligt sind.

Die Arbeitgemeinschaft der Bergarbeiter. Im „Bergknappen“, dem Organ der christlichen Bergarbeiterorganisation, wird auf eine der ersten Aufgaben der von ihm angeführten Arbeitgemeinschaft hingewiesen. Im Oktober dieses Jahres muß eine Statutenänderung des Allgemeinen Knappenschaftsvereins Bochum stattfinden. Die Bergleute wünschen dabei manche Verbesserungen, besonders eine Erhöhung der Leistungen. Bis zu den Jahren 1907/08 konnten manche Verbesserungen für die Bergarbeiter geschaffen werden. Nachdem nicht mehr, wegen der Uneinigkeit der Arbeiter, weil eine Arbeitgemeinschaft fehlte. Der Knappenschaftsverein aber hat während dieser Zeit riesige Vermögen

angesammelt, ohne die Unterstützungszahlungen der Krankheit und Invalidität zu erhöhen. So betrug Ende 1908 das Vermögen in der Krankenkasse 8,8 Millionen Mk., Ende 1912 aber 14,1 Millionen Mk.; die Pensionskasse steigerte im gleichen Zeitraum ihr Vermögen von 80,9 auf 155,2 Millionen Mk. Daß eine Aufbesserung der Renten sehr notwendig wäre, geht u. a. daraus hervor, daß nach dreijähriger Beitragszahlung der invalide Bergmann 481 Mk. jährliche Rente bekommt, also monatlich rund 40 Mk., täglich 1,30 Mk. Verbesserungen, so meint der „Bergknappe“, seien aber ganz ausgeschlossen, wenn die Bergleute uneinig sind; deshalb richtet er an alle Bergleute den Appell: Helft mit, daß die Arbeitgemeinschaft zustande kommt! Tatsächlich haben die letzten Beratungen im Knappenschaftsverein ein Bild großer Uneinigkeit der Knappenschaftskräfte gezeitigt. Der „Bergknappe“ mag aber einmal nachlesen, mer die aus dem alten Bergarbeiterverband gewählten Knappenschaftskräfte mit ihren Forderungen für die Arbeiter schmähtlich im Stich gelassen hat. Alle Aufrufe zur Einheit sind deshalb ziemlich gegenstandslos; die christliche Organisation mag sich nur selbst an die Brust schlagen und in eigener Selbsterkenntnis ihren Worten auch wirklich die Tat folgen lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

1 1/2 Jahre Gefängnis für einen Schulklingen! Eine recht dumme Tat muß der 12jährige Schüler Wilhelm Trempke aus Ohmsdorf, Kreis Schweidnitz, schwer büßen. Im Juni d. J. legte er in Gemeinschaft mit dem achtjährigen Hermann Schaar in der Nähe seines Heimatortes einige kleine Metallstücke auf die Schienen der dort vorüberfahrenden Weistritzal-Bahn. Über ein solches Hindernis fuhr der dicht besetzte Personenzug, ohne Schaden zu nehmen; vor dem zweiten wurde er rechtzeitig zum Halten gebracht. Materialschaden ist nicht der geringste entstanden und Menschenleben sind ebenfalls in keiner Weise gefährdet, noch ist jemand überhaupt verletzt worden. Der Staatsanwalt erhob Anklage wegen eines „geplanten Mitternachts auf einen Eisenbahnzug“. Da der 12jährige Trempke das strafmündige Alter erreicht hatte, muß dieser seinen Dummengungen freit, und um einen solchen handelt es sich hier nur, mit einhalb Jahren Gefängnis blühen. Die Schweidnitzer Strafkammer sah die Tatbestandsmerkmale für ein geplantes Eisenbahnattentat für erwiesen und so schwer an, daß sie die Strafe für den Jungen noch um ein ganzes halbes Jahr höher in Ansatz brachte, als es der öffentliche Ankläger gefordert hatte. — Das ist gewiß eine sehr harte Strafe für eine in jugendlichem Leichtsinne begangene Tat, deren eventuelle Folgen dem Verurteilten gar nicht klar gewesen sein können.

Genossenschaftsbewegung.

Die Einheitlichkeit der Konsumgenossenschaftsbewegung befürwortet unabsichtlich das Organ der Brotfabrikanten. Die im „Westdeutschen Verbands“ vereinigten „christlichen“ Konsumvereine geben sich bekanntlich als „Gegengewicht zu dem Hamburger sozialistisch gefärbten Verband“ aus, empfehlen aber gleichzeitig den Beitritt zum Internationalen Genossenschaftsbund. Dazu bemerkt das genannte Blatt unter anderem:

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, der eng verknüpft ist mit den christlichen Gewerkschaften, den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen, soll ein Gegengewicht zum sozialistisch gefärbten Hamburger Konsumvereinsverband sein. Trotzdem schließt er sich dem eben als sozialistisch gekennzeichneten Internationalen Genossenschaftsbund an, dem man hören und staunen, eben auch jener sozialistisch gefärbte Konsumvereinsverband in Hamburg angehört. Nichts beweist klarer als dies, daß es in der Tat nur eine Konsumvereinsbewegung gibt, mag man sich da auch noch so sehr das bürgerliche Mäntelchen umhängen. Der einzige Unterschied zwischen der sozialistisch gefärbten und der anders gefärbten Konsumvereinsbewegung besteht darin, daß eine gewisse Rivaleität hinsichtlich der Führung besteht. Sonst aber sozialistisch hier wie dort, so oder so. Darum dürfte auch der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, der die beiden Verbände, den Reichsverband deutscher Konsumvereine und den Zentralverband deutscher Konsumvereine, zusammenführt; unterscheiden sie sich doch schon heute durch nichts anderes mehr als durch die „Firma“.

Die Konsumenten mögen daraus ersehen, wie töricht es ist, wenn sie getrennt vorgehen, statt eine einheitliche Organisation zu schaffen. Sie mögen sich nennen wie sie wollen, von ihren Gegnern werden sie doch in einen Topf geworfen. Und das mit Recht; nicht etwa, weil sie politisch wären, sondern weil ihr wirtschaftlicher Zweck naturgemäß der gleiche sein muß, wenn sie ihr Ziel erreichen wollen.

Aus Nah und Fern.

Blutbad. Freitagabend sah der Arbeiter Bod in der Maderstraße in Berlin aus Eifersucht auf seine frühere Geliebte, die 46jährige Elisabeth Gsch. Der Schuß drang ihr in die Lunge, so daß sie in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Bod feuerte dann einen Schuß auf den jetzigen Geliebten der Gsch., den Arbeiter Bergfeld, ab, der auf der Stelle tot war. Schließlich erschöpfte er sich selbst.

Eine Eifersuchtstragödie in Berlin fand einen blutigen Abschluß dadurch, daß der etwa dreißigjährige Arbeiter Koch den 35jährigen Arbeiter Schulz, den Liebhaber seiner Frau, als er mit Gewalt in die Wohnung einzudringen versuchte, in die Brust schoß und ihn so schwer verletzte, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Koch wurde festgenommen. Er behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben. Schulz schlug, als ihm die Kochsche Wohnung nicht geöffnet wurde, die Türfüllung ein.

Verjühtet. Auf der Radzionkau-Grube in Beuthen wurden gestern nachmittag durch Kohlenmassen ein Feuer und ein Schleppler verschüttet; an ihrem Aufkommen wird gewarnt. Ein jugendlicher Arbeiter wurde leicht verletzt.

Bootsunglück. Auf der Hochwasser führenden Oder schlug in Brieg gestern nachmittag ein mit vier Kindern des Schuhmachers W. Seifert besetzter kleiner Kahn um. Der 17jährige und der achtjährige Sohn sowie die sechsjährige Tochter ertranken, der zwölfjährige Sohn wurde gerettet.

Drei Arbeiter von einem Eisengerüst erschlagen. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Schöppnitz in Oberschlesien: Ein schweres Unglück ereignete sich gestern mittag beim Bau der Röhrtalle 2 in der neuen Zinkhütte der Gewerkschaft von Giesches Erben. Dort stürzte die aus 46 Trägern bestehende Eisenträgerkonstruktion zusammen und erschlug drei beim Bau beschäftigte Arbeiter.

Fließvergiftung. Nach dem Genuß von rohem Hackfleisch ist in Wiesbaden eine Familie Jakob an schweren Vergiftungsercheinungen erkrankt. Der Mann, die Frau, das sechsjährige Töchterchen, der Gehilfe und das Dienstmädchen wurden ins Krankenhaus gebracht.

Herabgestürzter Flieger. Leutnant Schmidt vom 148. Infanterieregiment in Bromberg war gestern früh mit einem mit 150 PS. Gnome-Motor ausgerüsteten Bristol-Eindecker zur Ablegung seiner Fliegerprüfung von Halberstadt nach Goslar aufgefliegen. Als er nach einer halben Stunde zurückkehrte und im Gleitfluge aus 1200 Metern Höhe niederging, brach in 500 Meter Höhe beim Nehmen einer Kurve der rechte Flügel. Der Apparat sauste zu Boden und zerschellte. Schmidt war sofort tot.

Erwischt. Der Monteur Kossan, der in der Nacht zum Sonntag seine Geliebte, die Frau Eckel aus der Markshauerstraße in Berlin ermordete, wurde in der letzten Nacht durch drei Personen aus dem Publikum dingfest gemacht und der Polizei übergeben. Man fand unter seinem Mantel einen Lejshing und eine Browningpistole verborgen, sowie eine Schachtel mit etwa fünfzig Patronen. Man sagte ihm auf den Kopf zu, er sei Kossan. Er gab dies ohne weiteres zu und erklärte, er sei seit vier Tagen obdachlos umhergeirrt.

Von einem Wachtposten erschossen. Auf dem Militärchießständen in Kassel hat sich in der Nacht zum Freitag ein Vorfall abgespielt, der einem jungen Soldaten das Leben kostete. In der Nähe des Schießstandes hielt eine Kompanie des Infanterieregiments 176 eine Nachübung ab, von der das Wachtkommando keine Kenntnis hatte. Als einige Soldaten der übenden Kompanie sich dem Wachtposten näherten, rief dieser sie an und, als keine Antwort erfolgte, schoß er, weil er annahm, daß es sich um unbefugte Eindringlinge handelte. Der Soldat Bod war getroffen worden und verstarb bald darauf. — Der Posten hat natürlich seinen Vorschriften gemäß gehandelt, umso mehr bedarf es aber der Feststellung, durch wessen Schuld es unterlassen wurde, der Wache von der Nachübung Mitteilung zu machen.

Zum Unglück auf dem Schießplatz bei Pola wird ergänzend berichtet: Der Schießplatz bei Pola hat nach der Explosion ein entsetzliches Bild. Drei Matrosen lagen als gräßlich verstümmelte Leichen am Boden. Der Stuhl, auf dem sich der Vizeadmiral Graf Lanus stützte, blieb unbeschädigt. Dem Grafen wurden beide Unterschenkel zertrümmert. Der Luftdruck war so stark, daß mehrere Matrosen zu Boden geschleudert wurden und starke Eisenteile umherflogen. Ein Geschütz, das in der Nähe stand, wurde zehn Meter weit, auf einen dahinter liegenden Hügel geworfen. — Der erste Schuß, der aus einem 30,5-Zentimeter-Geschütz abgegeben wurde, ging ohne Zwischenfall vor sich. Dann sollte ein Schuß aus einem zweiten Geschütz abgegeben werden. Aus bisher nicht aufgeklärten Ursachen explodierte jedoch das Geschütz, das mit der normalen Ladung versehen worden war. Die Detonation war furchtbarer als die eines gewöhnlichen Schusses. Das Verschlusstück, das ein Gewicht von etwa 1000 Kilogramm hat, war explodiert. Wie heftig die Explosion war, geht auch daraus hervor, daß mehrere in der Nähe der Schießstände liegende Häuser beschädigt und zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert wurden. Teile des explodierten Verschlusstückes wurden in große Entfernung verstreut; die Hauptschraube wurde 300 bis 400 Meter von der Explosionsstelle entfernt gefunden. Der Ingenieur der Skoda-Werke, Schiel, hat einen Bruch des rechten Vorderarmes erlitten, der 49jährige Bohrmeister des Marinebauamtes, Michael Gregor aus Trieste, hatte eine schwere Wunde unter der rechten Brust. Er wird wohl nicht mit dem Leben davonkommen.

70 000 Rubel gestohlen. Donnerstag nacht wurden auf dem Bahnhof der Finnlandbahnen in St. Petersburg zwei Geldschränke, in denen sich 70 000 Rubel befanden, erbrochen und beraubt. Die Täter sind noch nicht ermittelt worden.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich bei Neapel. Dem großen Tourenwagen des neapolitanischen Sportsmannes Spagnoletti Zeoli brach in der Nähe von Neapel bei dem Versuch, einer Kinderherde auszuweichen, ein Rad, sodaß er in den Graben stürzte. Die Mutter Spagnolettis und eine seiner Schwestern kamen dabei ums Leben, eine andere Schwester erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

50 verunglückte Goldgräber. Im Schacht einer Goldgrube der Gesellschaft von Mysore (Vorderindien) stürzte der Jahrzahl in die Tiefe. Fünfzig Mann sollen dabei ums Leben gekommen sein, darunter sechs Italiener; die übrigen sind Eingeborene.

Die Raube des Bershämähten. In Matschojin, einem Dorfe der Provinz Kangwon, war als Gendarm der Japaner Iwasaki stationiert. Er verliebte sich in die Tochter des Japaners Yamada, der sich kürzlich in Matschojin angeheiratet hatte. Als das Mädchen sich mit einem andern verlobte, rächte sich der verschmähte Freier auf die folgende furchterliche Weise: Nächstherweide, als die Yamada schliefen, veranagelte er alle Ausgänge ihres Hauses, begoß dann das ganze nach Landesart leicht aus Holz aufgebaute Gebäude mit Petroleum und zündete es an. Mit teuflischem Hohn sah er zu, wie die fünf Bewohner des Hauses in dem flammenden Scheiterhaufen langsam zu Tode geröstet wurden. Darauf beging er nach altjapanischer Sitte Harakiri, indem er sich sein Schwert in den Leib stieß.

Allerlei Wissenswertes.

Kinobesitzer und Filmonopol.
Das schnelle Wachstum der Kinematographentheater hat nicht nur einen zügellosen Konkurrenzkampf unter diesen, sondern auch ein Monopol in der Filmindustrie gebracht, unter dem die Kinobesitzer schwer zu leiden haben. Die Kinobesitzer führen seit Jahren einen verzweifelten Kampf gegen das Monopol, ohne daß es ihnen bisher gelungen wäre, sich davon zu befreien. Wie schwer sie unter dem Monopol zu leiden haben, das trat auch scharf hervor bei dem dritten Verbandstage des Schutzverbandes deutscher Lichtspieltheater, der dieser Tage in Leipzig abgehalten wurde und über den die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet:

Wenn es so weitergeht wie jetzt, so fragten dort die Kinobesitzer, so sind in einigen Jahren die mittleren und kleineren Theater alle kaputt. Einige der großen Prunkpaläste bringen mit einem riesigen Aufwand von Kassemonopolis zur Aufführung, deren Leihgebühr von den weniger leistungsfähigen Theatern gar nicht aufgebracht werden kann. So wurde mitgeteilt, daß in München der Wagnerfilm eine Leihgebühr von 12 000 Mk. wöchentlich erzielte. Der Monopolgewinn ist denn auch ganz ungeheuer. So erforderte der Wagnerfilm 60 000 Mk. Herstellungskosten; nach Abzug dieser Kosten erzielte die Fabrik noch immer 240 000 Mk. Verdienst; bei diesem Film wurden 60 000 Mk. Honorar an Schauspieler und Autoren gezahlt. Der Film „Kleopatra“ kostete 55 000 Mk. und brachte der Fabrik 260 000 Mk. Schon in diesen riesigen Summen ist ausgedrückt, daß die minder kapitalkräftigen Kinos nie daran denken können, solche Filme aufzuführen; die Filmonopolisten diktieren die Preise und die Kinobesitzer müssen zahlen. Jetzt machen nun die Kinobesitzer erneut den Versuch, das unerträgliche Monopol zu brechen. Eine Gesellschaft hat sich unter dem Namen „Ammre“ erhoben, dem Schutzverband der Lichtbildtheaterbesitzer die Mittel zur Verjüngung zu stellen zur Neuregelung des Filmbezugs auf genossenschaftlicher Grundlage. Ein Vertreter der Gesellschaft erläuterte dem Verbandstag die Idee der Gesellschaft. Die „Ammre“ habe den Zweck, die Urheberrechte zu vertreten, sie wolle ein Bindeglied zwischen den geistigen Urhebern

Autoren und Schriftsteller, und der Industrie sein. Der Vertreter der Gesellschaft meinte, es gelte, die Kinofeindschaft der Behörden und der Presse, die nicht ganz unberechtigt sei, und die Kinomüdigkeit des Publikums zu bekämpfen. Von den Kinobesitzern wurde wiederholt erklärt, daß sie gar keinen Einfluß auf die Filmproduktion haben, sondern selbst gegen ihre bessere Einsicht nehmen müssen, was die Filmindustrie bietet. Die „Ammre“ will nun diesen Zustand beseitigen und dadurch die Kinofeindschaft der Behörde und der Presse beseitigen. In der Presse kämen nicht die „ganz Großen“, die Sudermann, Hauptmann, Lindau usw., regelmäßig zum Wort, die von dem Kino Kienhonorare beziehen, sondern die weniger bekannten Schriftsteller, die es unter ihrer Würde halten, für den kläglichen Lohn, der ihnen angeboten wird, für das Kino zu arbeiten. Als Gegenstück zu den Kienhonoraren einzelner Autoren und Schauspieler, die manchmal 100 000 Mk. und mehr betragen, würde eine Anzahl Honorarsätze kleinerer Kinofilmproduzenten bekanntgegeben. So bekam der Verfasser des Films: Teuer erkaufte Glück, ein Stück in zwei Akten, 40 Mk. Die Kinos haben mit diesem Film ein glänzendes Geschäft gemacht. Junggesellenabschied brachte dem Autor 20 Mk. Honorar; Alexander, ein Stück in drei Akten, brachte dem Verfasser 60 Mk. und Zwei Herzen, ein wirklicher Schläger, 40 Mk. Honorar. Diese niedrige Bezahlung erzeuge die Kinofeindschaft der Schriftsteller. Die „Ammre“ will diese nun dadurch beseitigen, daß sie ein Anteilssystem einführt. Der Autor oder Schauspieler soll nicht mehr nach seinem Namen bezahlt werden. Dafür sollen Schriftsteller und Schauspieler für jede Aufführung, die ihr Werk im Kino erlebt, eine Prozentbeteiligung erhalten. Auf diese Art werde es möglich, auch den großen Schriftstellern und Schauspielern, wenn sie etwas wirklich Gutes geleistet haben, einen entsprechenden Gewinn an dem Werke zu sichern, ohne ihnen vorher Kienhonorare zahlen zu müssen. Bei diesem System käme aber auch der weniger bekannte Schriftsteller und Schauspieler zu seinem Recht. Für jedes Werk werde der gleiche Prozentanteil an der Aufführung gewährt, gleichviel, ob bekannte oder unbekannt Autoren das Werk geschrieben haben. So werde nur die Leistung, aber nicht der Name bezahlt. Dadurch werde sich die Kinofeindschaft dieser Schriftsteller und damit der Presse in Kinofreundschaft verwandeln. Durch genossenschaftliche Organisation dieses Systems seien die Kinobesitzer dann leicht in der Lage, die Filmproduktion so zu beeinflussen, daß das Kino eine Stätte der Kunst und der Bildung werde, was die Abneigung der Behörde beseitigen werde. Für ihre Bemühungen soll der „Ammre“ ein Anteil am Gewinn der Genossenschaft gesichert werden. — Der Vorschlag der „Ammre“ fand bei dem Ver-

bandtag der Kinobesitzer freundliche Aufnahme. Zwar gab es auch einige Zweifler, die den Plan für undurchführbar erklärten, aber eine Anzahl großer Städte erklärte sich dafür. Die Herrschaft der Film-Monopolisten hat den wirtschaftlichen Druck auf die Theaterbesitzer so untragbar gemacht, daß diese mit Freude nach einem Mittel greifen, von dem sie sich eine Erleichterung versprechen. Ob der Schühverband stark genug sein wird, das Monopol zu brechen, bleibt freilich noch abzuwarten.

Theater und Musik.

Stadthallentheater. „Der lächelnde Knabe“ von Max Dreger. Ein Findelkind, das auch im Theater hinter den Kulissen liegen bleibt, verhilft einem alten Hausgenossen zum Weib und seiner Hauswirtin zum Mann. Damit werden zwei im schnurrigen Dasein gefährliche Spizen gebrochen: der Artilleriemajor Krasemann stellt die Schützelreime gegen die hochwohlhülllichen Senatoren der Stadt ein und die Hauswirtin, als Stammverwandte dieser Edlen, belohnt den reinlos Gewordenen mit idealer Liebe und dem schon fertigen Kind, um dessen Besitz sich die verehrten Herrschaften streiten. Das ist immerhin etwas nicht Alltägliches in einem Lustspiel, das uns nahezu 100 Jahre zurückverlegt, und wenn nebenbei noch in Betracht gezogen wird, daß den lächelnden Knirps eine Französin niedergelegt hat. Während das Kindlein weint und lacht, vereinnigt sich eine geschiedene Wirtschafterin Kluduhn wieder mit ihrem Mann, findet eine franzosenfreundliche Jungfer ebenfalls dauernde Unterkunft als Ärztgattin. Daß Max Dreger mit heiterer Sprache verfährt, komische Verwicklungen zu schildern, dafür zeugt ja vor allem sein „Tal des Lebens“.

Herr Göbel holte aus dem Dichtermajor a. D. nicht alles heraus, was aus ihm zu machen ist, dagegen war die überreife Liebe der Frau Ballig als Patriarchstochter aus dem Hause Bentard lebensvoll gezeichnet. Den Katsapatheter hatte Herr Wallis gut kopiert und am Katsboten Kluduhn des Herrn Heydecker ist ebenjowenig auszuweisen wie an seiner geschiedenen Frau, die Fr. Pestel mit viel Humor gab. Auch die übrigen Rollen waren gut besetzt und fanden bei gut besetztem Hause vielen Beifall.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 22. August.
 Auftrieb 4863 Schweine. Markt leicht geräumt.
 Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 73.— (— bis 58,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 73.— (— bis 58,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 74.— bis 75,00 (57,50 bis 58,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 74.— bis 75,00 (57,50 bis 58,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 70.— bis 73.— (53.— bis 55,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 69.— bis 70.— (55.— bis 56.—), Sauen, 2. Qualität, Tara 20 Prozent, 64.— bis 68.— (50.— bis 53.—) Mk.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 22. Aug.

1. Qualität 123—127 Mk.
 2. Qualität 110—115 „
 fehlerhafte und ältere 100—104 „
 Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt 108—112 „
 Russisch-Sibirische 2. Qualität, verzollt 104—107 „

Heiteres.

Der Berg. Kurzsichtiger Tourist (zum Bauernjungen): „Wie heißt der Berg da drüben?“ Keine Antwort. „Dummer Junge, da vor uns ragt doch eine Spitze aus dem Nebel . . . Was ist das?“ — „Dös?“ . . . Der Gendarm!“
Am Postschalter. Dame: „Bitte um eine Briefmarke!“ — Junger Beamter (der zum erstenmal Schalterdienst tut): „Zu zehn Pfennig . . . oder kann es etwas Besseres sein?“ (Aus „Lustige Blätter“.)

Briefkasten.

Alle, die uns eine Berichtigung senden, berufen sich auf den § 11 des Pressegesetzes. Da manche Einsender diesen Paragrafen nicht zu kennen scheinen, wollen wir an dieser Stelle denselben mitteilen: Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgeteilten Tatsachen auf Verlangen einer beteiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltungen oder Beglassungen aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf tatsächliche Angaben beschränkt.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
 Sämtlich in Lübeck.

Garantiert unschädlich. Schont und erhält die Wäsche, da kein Reiben und Bürsten.

das selbsttätige **Waschmittel**

Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

Persil

Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF
 Alleine Fabrikanten auch der allbeliebten
 Henkel's Bleich-Soda.

Verkauf lebender Butt am Montag, dem 25. August 1913
 vormittags von 8 Uhr ab an der **Solstenbrücke** und **Gutiner Brücke.**

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks empfehlen 882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
 Moislinger Allee 60.

Uhren, Uhren, Uhren
 (neu und getragen) sind staunend billig zu haben in Lübecks kleinstem Laden nur **Marktwiete 2** bei der Post. (6270)

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
 Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. 1) Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. Zimmereinricht. stets vorrätig. Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. : Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt. Gabe rote Lübecka-Rabattmarken.

Dr. Schuhr verreist.

Koks, Kohlen, Briketts
 in besten Qualitäten 5902) zu billigen Sommerpreisen **H. Hoffmann, Schönkampstr. 6h**

Kartoffeln

gute lange gelbe, 10 Pfd. 85 Pfg., 50 Pfd. 1.50 Mk., 200 Pfd. 5.50 Mk. Gute Äpfel und Birnen billig. **Deuregras 1 Pfd. 15, 5 Pfd. 65 Pfg.** empf. **C. Prestin, Fleischstr. 60.** (6270) **Achten Sie bitte a. m. Schaufenster.**

Gelegenheitskauf moderne Garnitur durch Zufall nur 90 Mk. Prachtvolle Salongarnitur, statt 230 Mk. nur **165 Mk.** Sofa, Bettsofa, Vertikal, Spiegel, Büfett, Tisch, Schreibtisch, Trumeaus, Lehnstühle, Schlafzimmer, Küchen enorm billig. Lager **Wahmstr. 83.** (5791) **Reiner Lindenblüten-Schleuderhohl** Pfd. 95 Pfg., zu verkaufen. (6274) **Höppner, Heimstätten 23.**

Ausgetämmtes Haar
 fauft zu höchsten Preisen. (6272) **H. Klempau, Friseur, Subwigstr. 33.**

Am Donnerstag, d. 21. August, starb unsere liebe, herzensgute Mutter und Schwiegermutter **Christine Claudius** im 58. Lebensjahre. Die be-trauert von (6298) **mir, ihren Kindern und Angehörigen.**

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 25. August, vormittags 9 1/2 Uhr, von der **Burgkapelle.**

Brand-Auktion.

Am Montag, d. 15. und Dienstag, d. 16. Sept., morg. 9 Uhr ver-kaufe öffentlich bei **Hrn. Neumann, Konzerthaus Fünfhäusen 17/19**, die nicht verzinsten Pfänder, als: Betten, Leinwand, Garderoben, Gold- u. Silberfachen, Herren- und Damen-uhren, Ketten, Ringe, Fahrräder, 1 Trommel, Regulatore, 1 Geige, 1 Trompete u. versch. andere Sachen, wozu Kaufliebhaber einladet **A. Frankenthal, Brandleiter.** Uhren, Gold, Silber kommen am 2. Tage zur Versteigerung. Pro-longation wird nur bis 10. Sept. angenommen. (6278)

Radfahrer! Achtung!

Erstklassige Räder mit 1 Jahr Garantie, Gebirgsreifen u. Torpedo-Freilauf-Rücktritt 68, 75, 85 und 95 Mk. Schlauch 1.45 bis 3.50 Mk. Decken 2.00 bis 6.50 Mk. Rahmenbrücke staunend billig. Rad email-lieren und vernickeln unter voller Garantie 22 Mk. (6292)

Fahrradhaus Wandertal
 Schwartauer Allee 99
Burmeister & Metge.
 Gegenüber dem Schlachthof.

Jg. Frau sucht Morgenstelle
 am Hasenb. Nähe der Dornstraße, Ang. u. R. N. a. d. Exp. d. Bl. (6273)

3 1/2 Tonnen Hafer
 auf dem Halm zu verkaufen. (6287) **Sonntag morgen 10 Uhr.** **Friedhofs-Allee 22.** **Niemann, Gärtner.**

Güßige Petrocumkrone, sechs-armig, preiswert zu verkaufen. (6275) **Lilienstraße 16, II.**

Zu verkaufen (6291) **gute Kinderbettstelle.** **Johannisstraße 65.**

Morgen Sonntag
 von 6—9 Uhr (6207)

billiger Lager-Verkauf

Prima Bries 95 Pfg. p. Ztr.
Christian Gäde
 Lager bei der Drehbrücke.

Möbl. Zimmer
 zu vermieten. **Sadowstraße 23, I.**

Gelucht zum 1. Oktober von ein-zelnem Leuten eine 2- oder 3-Zim.-Wohnung (Kochkammer). Ang. u. R. N. 106 a. d. Exp. d. Bl. (6281)

Zu kaufen gesucht: Kleider-schrank, Küchenschrank u. Kinder-bettelc. Angebote mit Preis u. K. L. 30 a. d. Exp. d. Bl. (6284)

Hasen-Kaninchen
 600 a. versch. Größen. Ia. (6297)

Kl. Haus im Torweg
 zu verkaufen, 3 Zimmer u. Zubehör. (6283) **Waldstr. 71.**

Zu verkaufen 7 neue (6286) **Damentisch mit Freilauf.** **Kottbuserstraße 38, L.**

Bilg! Rederkes wünschelst.
 Verkauft, Größe 44—48, für 5 Mk. u. höher. (6271) **Obstraße 17.**

Verloren
 3 zerbrochene Kaffeelöffel. (6290) **Abzugeben Unterstraße 28.**

Netzfischer Sonntagsdienst
 am 24. August von 1 Uhr ab. (6276) **Dr. med. Busch, Schreibplatz 12.**
Dr. med. Stiller, Kronen-Platz 13.
Dr. med. Busch, Hasenb. Allee 1.

Saltbere
Sohlen und Abfäße
 zu billigen Preisen in den (6289)

Schuhreparatur-Werkstätten
 Am Bries 11b. Hgstr. 90.

Erstklassige Kautabake
 v. Grimm & Triepel, Nordhausen sind überall zu haben. 291

Alle Sorten Weine und Spirituosen
 auch im Kleinverkauf u. Anschauung 290) empfiehlt **J. Höppner, Beckergr. 66.**

Neue und gebrauchte Fahrräder, Mäntel, Schläuche, Laternen, sämtl. Ersatzteile. Reparatur aller Systeme zu den billigsten Preisen. (6290) **M. Schulz, Wafenkammer 5.**

Für Brautleute!
 (6292) **Wohnzimmer-, Schlafzimmer-, Kücheneinrichtung** billig zu verk. **Thiessen, Fadenbg. Allee 2, L.**

Visitkarten
 — ff. Elfenbeinkarton —
 100 Stück von Mk. 1.— an liefert

Die Buchdruckerei des **Lübecker Volksboten**: **Johannisstraße 46.**

Kaffeehaus Moisling.
 Montag, am Marittag

Tanzmusik.

Gasthof Geniu.
 Sonntag, den 24. August

Gr. Damen-Bergungen
 verbunden mit Topfschlagen. Hierzu laden freundlich ein **Die jungen Mädchen** **Heinr. Martens.**